Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Januarhälfte 450.— Mk. Einzelverkaufspr. 40.— Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 130.— Mark, auswärtige 150.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 110 Mk., für Reklamen 520.— Mk
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 24. | Montag, 29. Januar 1923. | 36. Jahrgang.

Was beabsichtigen die Franzosen?

Streikprovokationen. — Keine Zollinie. — Militarisierung der Eisenbahnen.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.

SPD. Essen, 28. Januar.

Im allgemeinen hat die Lage im Verlaufe der letzten beiden Tage wesentliche Aenderungen nicht erfahren. Die Truppenbewegungen werden nur noch in erheblich geringerem Umfange fortgesetzt, woraus zu schließen ist, daß der militärische Gürtel um das besetzte Gebiet geschlossen ist. Auf der Eisenbahn ist das Personal, das bereits am Freitag und vorher in den Streik trat, auch weiterhin im Ausstand. Einzelne Bahnhöfe haben sich neu angeschlossen. Die Versuche der Besatzung, Lebensmitteltransporte zu fahren, endeten wieder mit mehreren Zugentgleisungen. Die Franzosen arbeiten darauf hin, das Eisenbahnpersonal zum Streik zu provozieren, da die gestern gehandhabte und heute vereinzelt fortgesetzte Methode, das Personal aus den Bahnhöfen ohne weiteres auszuweisen und dann selbst den Dienst zu verrichten, als bequem empfunden wird. Ihr Verlangen geht dahin, wenigstens, soweit die Strecke Duisburg—Oberhausen—Essen in Frage kommt, den Dienst nicht vom deutschen Personal verrichten zu lassen. Das geht daraus hervor, daß das zweimalige Angebot des Duisburger Oberbürgermeisters, im Streik des Duisburger Bahnpersonals zu vermitteln, von der Besatzungsbehörde gar nicht beantwortet wurde. Im deutschen Interesse ist dringend zu wünschen, daß sich die Eisenbahner nicht bei Kleinlichkeiten zum Streik hinreißen lassen. Zu berücksichtigen ist, daß ein Verkehrsstreik in dem Umfange, wie wir ihn jetzt im Zentrum des Industriegebietes zu verzeichnen haben, auch gewisse Gefahren für die deutsche Bevölkerung insbesonder die Arbeiterschaft, mit sich bringt. Einmal stockt die Lebensmittelzufuhr, hinzu kommt, daß der weiter verarbeitenden Industrie keine Rohprodukte zugeführt werden können, sodaß mit Betriebseinstellungen zu rechnen ist. Unsere Eisenbahner haben die Taktik der Franzosen erkannt, sie werden entsprechend handeln.

Bergarbeiterstreiks sind im Ruhrgebiet nicht zu verzeichnen. Festgestellt ist aber, daß die Besatzung einen allgemeinen Bergarbeiterstreik wünscht, um auf diesem Wege die Bergarbeiter für sich zu gewinnen. Die Franzosen haben, wie einwandfrei nachgewiesen werden kann, Agitatoren zu den einzelnen Zechen entsandt und die Betriebsräte aufgefordert, so hohe Forderungen zu stellen, daß sie von den Zechen abgelehnt werden. In solchen Fällen will dann die Besatzung eingreifen und den Arbeitern den geforderten Betrag zahlen. Auf der Zeche Westend bei Duisburg-Meiderich wurde z. B. eine kommunistische Lohnforderung abgelehnt. Die Besatzungsbehörde erklärte sich sofort bereit, die geforderten Beträge zu zahlen. Die Bergarbeiterschaft ist auf diese Methode aufmerksam gemacht, sie wird wissen, was sich den Agitatoren gegenüber gebührt, die die vorstehende Methode empfehlen!

Die Besatzung schätzt die Stimmung der Arbeiterschaft falsch ein. Unsere Arbeiter sind sich der Tragweite des Abwehrkampfes den sie gegenwärtig führen, bewußt, das zeigte die heute nachmittag abgehaltene Konferenz der freien Gewerkschaften in Essen. Die Berichte, die hier unter den einzelnen Organisationsvertretern seien es Bergarbeiter, Eisenbahner, Binnenschiffer oder Metallarbeiter, wiedergegeben wurden, sprachen für eine zuversichtliche Kampfesstimmung. Kampf der Gewalt ist und bleibt die Parole des werktätigen Volkes an der Ruhr!

*

Die militärischen Absperrungsmaßnahmen der französisch-belgischen Besatzungstruppe um das Industriegebiet gab uns am Sonntag Veranlassung, die Peripherie des neu besetzten Gebietes zu besuchen. Insbesondere lag uns daran festzustellen, ob im Ernst eine Zoll-Linie, die schon in den allernächsten Tagen in Erscheinung treten könnte, in Vorbereitung ist.

Rein äußerlich fiel die äußerst starke Truppenkonzentration besonders auf. Es gibt wohl kaum eine französische Waffengattung, die an der Peripherie des neu besetzten Gebietes nicht vertreten ist. Während die weiter im Innern liegenden Landgebiete von Soldaten fast frei sind. Neben sehr vielen Auto-Tanks sind mehrer 12-Zentimeter-Batterien zu sehen. Stark fallen auch die vielen Sanitätskolonnen ins Auge und besonders rege ist der Autokolonnenverkehr.

Zolltechnische Vorbereitungen haben wir nicht bemerkt. Die verschiedensten Vertreter der maßgebenden Behörden in den von Franzosen selbst als künftige Zollstationen bezeichneten Ortschaften sind von der Besatzung über die zolltechnischen Vorbereitungen irgend welcher Art bisher nicht unterrichtet worden. Sie haben auch nicht den Eindruck, daß Vorbereitungen im Gange sind und eine Erhebung von Zoll schon in den allernächsten Tagen ermöglichen könnten, glauben aber aus Unterredungen, die sie zum Teil mit französischen Offizieren hatten, die Vermutung hegen zu können, daß die jetzt eingeleiteten militärischen Maßnahmen in ihrem Endziel auf die Schaffung einer Zoll-Linie hinauslaufen. Mit einer Kontrolle der Güterzüge ist aller kürzester Zeit bestimmt zu rechnen. Vorläufig wurde nur der Bahnhofsvorsteher in Hörde, das als Zollstation von der französischen Presse bezeichnet wurde, von einem französischen Offizier offiziell befragt, ob er bereit sei, alle passierenden Güterzüge in Zukunft 15 Minuten halten zu lassen, um eine Kontrolle zu ermöglichen. Die maßgebenden Eisenbahnbeamten glauben, daß durch eine Ueberwachung des Güterverkehrs für das innere Deutschland, wenigstens für die erste Zeit, nicht zu unterschätzende verkehrstechnische Schwierigkeiten eintreten, auf die man sich vorbereiten sollte. Im Einzelnen sind sie aber der Meinung, daß es den Franzosen nicht genügt, das Verkehrswesen in dem bisherigen Maße regelrecht aufrecht zu erhalten.

Zusammenfassend kann man sagen, daß eine Zoll-Linie in den nächsten Tagen nicht in Erscheinung treten wird, daß aber mit einer Ueberwachung der Züge bestimmt zu rechnen ist.

Keine Hungerblockade.

SPD. Düsseldorf, 27. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die aus den militärischen Absperrungsmaßnahmen mit Recht gefolgerten Befürchtungen, daß Frankreich darauf hinzielt, die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes durch Hunger gefügig zu machen, hat den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Genossen Grützner, veranlaßt, ein Schreiben an General Degoutte zu richten. Grützner verlangt in dem Schreiben eine authentische umgehende Erklärung, ob irgend etwas, was einer Hungerblockade auch nur im entferntesten ähnele, von den Regierungen Frankreichs und Belgiens beabsichtigt sei.

General Degoutte hat nach Rücksprache mit General Degoutte auf die Ueberreichung des Schriftstückes eine mündliche Antwort gegeben, in der er u. a. mitteilte, daß die Gerüchte über eine geplante Aushungerung ohne jede Grundlage seien. Die französische Besatzung würde der Durchführung der Lebensmitteltransporte keine Schwierigkeiten bereiten. Vorläufig sei die Erhebung eines Zolles nicht vorgesehen, sondern nur eine Ueberwachung der Aus- und Einfuhr. Zum Schluß der mündlichen Erklärung wies Degoutte noch ausdrücklich darauf hin, daß das Ruhrgebiet nicht ausgehungert werden soll. Eine bestätigende schriftliche Antwort soll sofort folgen.

Ausschlaggebend für die Wirkung dieser Erklärung ist natürlich deren schriftliche Wiedergabe. Trotz der Zusicherung, daß an eine Aushungerung nicht gedacht sei, müssen die deutschen Behörden jedoch für kurz oder lang mit einer systematischen Abschnürung des Industriegebietes vom übrigen Reiche rechnen. Soweit wir unterrichtet sind, ist eine derartige Maßnahme den in Essen weilenden französischen Journalisten auch als in der Absicht Frankreichs und Belgiens liegend, halbamtlich mitgeteilt worden. Der Hinweis, daß vorläufig kein Zoll erhoben werden soll, besagt gar nichts. Vorläufig sind die Franzosen außerstande, Zoll zu erheben, weil die notwendigen Vorbereitungen hierzu noch nicht abgeschlossen sind. Wenn man nicht daran denkt, Zölle zu kassieren, warum werden dann aus Elsaß-Lothringen deutsch-sprechende Zollbeamte angefordert?

Neue Urteile.

SPD. Duisburg, 27. Januar.

Der Geschäftsführer unseres Parteiblattes, Genosse Wilhelm Müller, wurde heute vom Kriegsgericht freigesprochen, da er für das Weitererscheinen der „Volksstimme" nicht verantwortlich sei, da die Beschlagnahme am 23. Januar erfolgt war, er aber erst am 25. Januar, abends 6 Uhr das schriftliche Verbot erhielt. Als Ersatz für die „Volksstimme" läßt die Bezirksparteileitung das „Morgenrot" täglich erscheinen.

Das Kriegsgericht hat den städtischen Forstmeister Berg zu sechs Tagen Gefängnis und 3000 Franks Geldstrafe wegen Nichtbefolgung eines Befehles verurteilt.

Gegen die nationalistische Demonstration.

SPD. Essen, 27. Januar. Eig. Drahtber.)

Heute nachmittag fand in Essen eine Besprechung sämtlicher Bezirksleiter der freien Gewerkschaften in Gegenwart des Regierungspräsidenten Grützner über die allgemeine Lage statt. Die Konferenz war einmütig der Auffassung, **daß der Kampf gegen die Gewalt im Ruhrgebiet im bisherigen Maße fortgeführt werden muß.** Scharfe Kritik wurde an den nationalistischen Demonstrationen geübt, die in den letzten Tagen in den einzelnen Städten des Ruhrgebietes stattfanden. Es wurde der Wunsch geäußert, daß die Reichsregierung in einer öffentlichen Aufforderung die Bevölkerung nochmals ermahnt, Kundgebungen zu unterlassen, durch die der entschlossene Abwehrwille der Arbeiterschaft nur geschwächt werden kann. Auch die Lebensmittelversorgung stand zur Debatte.

Militarisierung der Eisenbahnen.

SPD. Essen, 28. Januar. (Eig. Drahtber.)

Wie der Sonderkorrespondent des Soz. Parlamentsdienstes aus äußerst zuverlässiger französischer Quelle erfährt, läuft die französische Taktik zunächst darauf hinaus, die Ruhrtalbahn, das ist die Strecke von Düsseldorf—Kettwig—Hattingen nach Schwerte vollständig zu militarisieren, um die zur Versorgung der Truppen notwendigen An- und Abtransporte sicher zu stellen. Außerdem soll die Linie Düsseldorf—Oberhausen—Osterfeld—Recklinghausen—Lünen zum gleichen Zweck vollkommen militarisiert werden. Kontrollstellen zur Ueberwachung der auf den anderen Strecken fahrenden deutschen Zügen sollen sofort eingerichtet werden. Erst nachdem die gesamten Eisenbahnlinien fest in der Hand der Besatzung sind, will man an die Errichtung von Zollstellen gehen.

Dollar 36000.

Im Kampf um den Rhein.

SPD. Berlin, 28. Januar.

Unter den weltpolitischen Ereignissen der letzten Tage sind vier Punkte hervorzuheben: **Die amerikanische Besatzungsbehörde hat den Brückenkopf Koblenz** nach Abzug der amerikanischen Truppen **endgültig an Frankreich übergeben.** Damit hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten demonstrativ von den Ereignissen in Europa abgewandt. Deutschland kann diese Geste, mag sie auch einen deutlichen Stachel gegen Frankreich tragen, nur bedauern. Je größer der Machtbereich Frankreichs im Rheinland, desto ungünstiger ist die Lage für Deutschland, desto schwerer sind die Leiden unserer Volksgenossen am Rhein.

England wird sich dem amerikanischen Schritt nicht anschließen. Die englischen Besatzungstruppen bleiben im Kölner Brückenkopf. Das ist der Entschluß des englischen Kabinetts, nachdem die oberste englische Gerichtsbehörde nunmehr offiziell den Einmarsch in das Ruhrgebiet als einen französischen Vertragsbruch bezeichnet hat. Wir haben den Entscheid der englischen Gerichte bereits gewürdigt. Eine politische Rückwirkung wird er, wie jetzt festgestellt werden kann, vorläufig nicht ausüben.

Die **Reparationskommission,** in der der Vertreter Englands nur noch eine passive Rolle spielt, **hat das Moratoriumsgesuch Deutschlands abgelehnt.** Damit tritt der Londoner Zahlungsplan wieder in Kraft. Deutschland hat also bis zum 31. Januar 3 Billionen Papiermark zu entrichten, obwohl die Reparationskommission selbst die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands festgestellt hat. Bedenkt man, daß der Staatshaushalt des Deutschen Reiches **ein Defizit von anderthalb Billionen Papiermark** aufweist, so erkennt man den ganzen Wahnsinn, der diese Art von Weltpolitik beherrscht. Man darf gespannt sein, welche Maßnahmen Frankreich nun ergreifen wird, wenn es sich herausgestellt haben wird, daß dem Deutschen Reich nicht genug technische Mittel zur Verfügung stehen, um die 3 Billionen Papiermark zu drucken und zu transportieren.

Man wird damit rechnen müssen, daß Frankreich zunächst viele Fehlschläge zu verzeichnen hat, daß im Laufe der Zeit sich aber ernstere Wirkungen herausstellen werden. In dem Maße, wie das geschieht, steigert sich der Abwehrkampf. Ihn nicht ins Chaotische ausmünden zu lassen, wird eine ernste Aufgabe sein. Was wir bisher im Ruhrgebiet haben, war lediglich Vorpostengeplänkel. Je intensiver die Abschnürung gelingt, desto größer müssen die Gefahren für die Reichseinheit werden. Es kommt also darauf an, das Tempo zu verzögern und zu verhüten, daß der von Frankreich an die Stelle des deutschen Verwaltungsapparates gesetzte Apparat funktioniert. Man wird darauf hinarbeiten müssen, daß der französische Apparat mit möglichst großen Unkosten arbeitet und daß Frankreich aus der Ruhrindustrie einen möglichst geringen Gewinn erzielt.

Augenblicklich liegen die Dinge so, daß der französische Frank parallel mit der deutschen Währung sinkt und daß die französische Industrie anfängt, leer zu laufen, weil ihr die Koks- und Kohlenzufuhr aus dem Ruhrgebiet fehlt. Durch die passive Resistenz lassen sich also gute Erfolge erzielen. Man wird diese Methode nüchtern und energisch fortsetzen können. Gelingt es, die französische Aktion für längere Zeit in ein Unternehmen mit Unterbilanz zu gestalten, so besteht die Aussicht, Frankreich an seinem empfindlichsten Punkt zu treffen. Nüchternheit und Ausdauer, Sparsamkeit mit den vorhandenen Kräften. Einsetzen des Widerstandes an den Punkten, an denen sich die besten Angriffsflächen ergeben, sind in diesem Kampf nötig.

Es ist gesagt worden, der Kampf wird uns keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten, wenn es gelingt, das Ruhrgebiet mit Lebensmitteln und das übrige Deutschland mit Kohle zu versorgen. Das ist richtig. Die Unterstützung durch die Internationale zeigt, daß man allenthalben Verständnis für die schwere Lage der unter dem militärischen Zwange stehenden Arbeiterschaft an der Ruhr hat und daß ihr die Sympathien der ganzen Welt in reichem Maße zufließen. Auch das sollte ein Ansporn dafür sein, den Kampf mit äußerster Energie, aber auch mit allem Anstand zu führen. Nicht vergessen werden soll, daß unsere Internationale zu dem Kampfstands gegen den französischen Militarismus mit an erster Stelle beigetragen hat. Auch das ist ein Beweis dafür, daß das Wort von der internationalen Solidarität der Arbeiter nicht Schall und Rauch ist.

Gegen die Düsseldorfer Zwangsmaßnahmen.

Düsseldorf, 27. Januar.

Der Düsseldorfer Regierungspräsident Grützner hatte mit dem französischen General Simon eine Unterredung, bei der es sich um die Verhaftung des Bürgermeisters Schmid und des Polizeipräsidenten Oerle handelte.

General Simon erklärte, Oerle habe die Schupo bei der gestrigen Demonstration absichtlich von der Straße gehalten. In einem solchen Falle hätten sich die Besatzungstruppen nach dem französischen Recht an eine einzige verantwortliche Person zu halten.

Regierungspräsident Grützner erwiderte, bei den besonders nahen persönlichen Beziehungen, die er zu dem Polizeipräsidenten habe, wäre er unbedingt davon unterrichtet gewesen, wenn dieser eine solche Absicht gehabt hätte. Er habe aber nicht die leiseste Andeutung davon gemacht. General Simon wisse selbst, daß er als Vorsteher einer großen Anzahl von Beamten nicht die Garantie dafür übernehmen könne, daß alle seine Anordnungen von diesen restlos befolgt würden. Der Regierungspräsident verurteilte das Absingen verhetzender Lieder und die Anrempelung von Posten. Er wies aber darauf hin, daß die Beamtendemonstrationen und das Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" sich in Zukunft immer von neuem wiederholen werde, wenn man die scharfen Maßnahmen gegen die Beamten nicht unterlasse. Demonstrationen würdiger Art lasse man sich nicht verbieten.

Ueber die Verhaftung des Bürgermeisters Schmid teilte General Simon mit, diese sei erfolgt, weil er entgegen dem Befehl der Besatzungsbehörde eine Zuschrift der Besatzungsbehörde vom

23. Januar **nicht veröffentlicht habe (!).** Regierungspräsident Grützner hat dem General gegenüber die Verantwortung für die Haltung des Bürgermeisters Schmid übernommen. Bürgermeister Schmid habe die Veröffentlichung nur unterlassen, weil er sich mit ihm über den Fall ins Benehmen setzen wollte, ob er diesen Befehl ausführen könne oder nicht. Dem Regierungspräsidenten wurde mitgeteilt, daß sich **die beiden Verhafteten in Düsseldorf befinden** und sich vor dem französischen Gericht zu verantworten hätten. Ferner wurde dem Regierungspräsidenten noch mitgeteilt, daß anläßlich der gestrigen Demonstration eine **Anzahl junger Leute verhaftet wurde.** Der Aufenthalt der jungen Leute ist **aber unbekannt.**

Vier Todesurteile.

Aachen, 28. Januar.

Wie die „Kölnische Zeitung" aus Aachen meldet, hatte die Besatzungsbehörde für gestern, am Tage der Verhandlung des Prozesses Graff, Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Die Straßen um das Gericht wurden durch belgische Kavallerie in Stahlhelmen und blanker Waffe abgesperrt. Dazu kam ein Panzerauto mit Maschinengewehren zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die belgische Kavallerie in Stahlhelmen und Mantel versah den Ordnungsdienst im Innern des Gerichts. Das Urteil im Prozeß Graff lautete: Rheinhardt, Riebke, Grabert und Klein wurden zum Tode verurteilt, Termöhlen erhielt 20 Jahre Zwangsarbeit, Döhmland 15 Jahre Zwangsarbeit, Frau Heckmann 5 Jahre Zuchthaus, Claus und Nowak je 3 Jahre Gefängnis, Gumacher in Abwesenheit 3 Jahre Gefängnis. Der Straßenbahnschaffner Van der Berck wurde freigesprochen. Die Angeklagte Frau Heckmann ist seit vorgestern flüchtig. Der Zivilrichter des Kriegsgerichts erklärte, daß das Gericht sich für zuständig befunden habe, da Hamborn zum besetzten Gebiet gehört hat. Die Tat ereignete sich am 23. März 1922. Das Publikum und die Angeklagten nahmen das Urteil mit Ruhe auf.

Die Beschlagnahme der Staatsforsten.

Von **der** Gewaltmaßnahme der französischen Regierung, die im **besetzten** Gebiet gelegenen deutschen Staats- und Gemeindeforsten zu beschlagnahmen, werden ausgedehnte und äußerst wertvolle Waldbestände betroffen. Allein die Fläche der Staatsforsten, ganz abgesehen also von den gerade im Rheinland sehr zahlreichen Gemeindeforsten, beläuft sich im besetzten Gebiet auf rund 271 500 ha. Davon entfallen auf Preußen rund 140 000 ha, auf Bayern rund 150 000 ha, Hessen rund 10 000 ha, und Oldenburg rund 8 500 ha. Das Nationalvermögen, das in diesen Forsten steckt, geht bei dem heutigen Wert des Holzes in die Billionen Papiermark. Bei den in Frage kommenden Waldbeständen handelt es sich in der Hauptsache um Fichten- und Buchenwälder, deren Holz für Industrie und Wirtschaft, besonders für die Papier- und Zellstoffabrikation, aber auch für alle übrigen holzverarbeitende Industrien und Gewerbe von größter Bedeutung ist. Erfolgt der Zugriff der französischen Gewalthaber, wie er angekündigt ist, so wird ganz besonders die ländliche Bevölkerung der Hunsrück- und Eifel-Dörfer getroffen, die fast ausschließlich vom Wald und von Waldarbeit zu leben gezwungen ist.

Französische Spesen.

SPD. Essen, 27. Januar.

Die Anforderungen der Besatzungsbehörde sollen der Stadt Essen bisher Ausgaben in Höhe von 250 Millionen Mark verursacht haben. Diese Ausgaben bestanden in der Lieferung von 764 [illegible], 175 Tischen, 304 Stühlen und Sesseln, 24 Schreibtischen, 40 Beleuchtungskörpern, 5 Vorhängen, 670 Strohsäcken, 214 Matratzen, 290 Bettdecken, 144 Bettüchern, 18 Handtüchern, 118 Haushaltungsgegenständen, 15 Oefen, 22 Schränken, 20 Schilderhäusern, 57 Wegschildern, ferner Bureauutensilien, darunter 9 Schreibmaschinen. Die Klagen über umfangreiche Lebensmittelankäufe durch Angehörige der Besatzungsbehörde mehren sich fortwährend. Im städtischen Krankenhaus in Essen sind 250 Betten beschlagnahmt, ebenso die beiden Isolier-Pavillons.

Reichstag.

Berlin, 27. Januar.

292. Sitzung. — Nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Jugendgerichtsgesetzes, das im Rechtsausschuß in verschiedenen Punkten geändert wurde. In § 7 werden als zulässige Erziehungsmaßregeln 1. Verwarnung, 2. Ueberweisung in die Zucht der Erziehungsberechtigten oder der Schule, 3. Auferlegung besonderer Verpflichtungen, 4. Schutzaufsicht und 5. Fürsorgeerziehung angegeben. Wenn für die Straftat eines Jugendlichen Zuchthausstrafe angedroht ist, so tritt an ihre Stelle Gefängnisstrafe. Nach § 24 sollen Jugendliche mit Strafsachen gegen Erwachsene nicht verbunden werden. Auf Todesstrafe und lebenslängliches Zuchthaus darf nie erkannt werden, sondern bei den [illegible] Straftaten nur auf Gefängnis bis zehn Jahren. Strafaussetzung ist bei guter Führung gestattet. Nach § 1 des Gesetzes gilt als Jugendlicher, wer über 14, aber noch nicht 18 Jahre alt ist. Nach § 2 ist eine Straftat eines noch nicht Vierzehnjährigen nicht strafbar.

Abg. Brodauf (Dem.) empfiehlt im Namen des Rechtsausschusses die Annahme der Vorlage und die folgende Entschließung: Die Reichsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß für das Amt des Jugendrichters, wie überhaupt für das Amt des Strafrichters gerade die befähigtsten Richter herangezogen werden.

Reichsjustizminister Dr. Heinze:

Es kommt darauf an, die Jugend auf den rechten Weg zu führen. Wo Erziehungsmaßnahmen Erfolg versprechen, soll von einer Strafe abgesehen werden. Die Jugendgerichte haben die Aufgabe, die verirrte Jugend wieder zu einem rechtschaffenen Leben zurückzuführen. Für die vermehrte Mitarbeit an diesem [illegible] Gesetzentwurf danke ich insbesondere dem [illegible] Dr. von [illegible] und allen, die in aufopfernder Tätigkeit mit den bisherigen [illegible] Gesetzen [illegible] haben, von den verirrten Seelen noch zu retten, was irgendwie zu retten war. Das Gesetz bedeutet eine gewaltige Verbesserung des bisherigen Rechtszustandes, es ist in dieser Zeit ein Trost und ein Lichtblick, daß wir heute zu dem Ziele gelangen, unsere Jugend, auf der unsere Zukunft für die Erhaltung des Vaterlandes [illegible] vor Schuld und Verderben zu bewahren. (Beifall.)

Angenommen wird zu § 15 ein deutschnationaler Antrag, die Strafe nicht bei, sondern nach Ablauf der Bewährungsfrist zu erlassen, wenn sich der Verurteilte bewährt hat. Ebenso wird zu § 16 ein deutschnationaler Antrag angenommen, wonach der Strafvollzug gegen einen Jugendlichen so zu bewirken ist, daß „unter Wahrung des Ernstes der Strafe" seine Erziehung gefördert wird. — Gegen diese beiden Anträge stimmte die gesamte Linke.

Bei der Abstimmung über einen Antrag der Deutschen Volkspartei, wonach die Landesregierungen die Befugnis [illegible], die das Gesetz der Jugendgerichte [illegible] können, die sich mit der Jugendwohlfahrt beschäftigen, ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses, [illegible] eine neue Sitzung anberaumt.

In der neuen Sitzung wird nach kurzer Debatte, in der Abg. Frau Schröder (Soz.) fordert, daß das Gesetz so erweitert wird, daß es alle umfaßt, die in Not geraten sind und nicht nur die Kleinrentner, der Gesetzentwurf über Kleinrentnerfürsorge dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. — In allen drei Lesungen wird der Gesetzentwurf angenommen, der den letzten Termin für die Ablieferung des Umlagegetreides auf den 15. März verlegt.

Abg. Bartz (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Regierungserklärung über die innere Lage mit Rücksicht auf Bayern zu setzen. Das wird abgelehnt, dagegen auf Antrag Leicht (BVp.) der Präsident ermächtigt, eine solche Erklärung gegebenenfalls noch auf die Tagesordnung zu setzen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. — Schluß 5 Uhr.

Eine Stimme der Gerechtigkeit!

Die italienische Sozialdemokratie protestiert.

Die Mailänder „Giustizia", das Organ der unter der Führung der Genossen Turati und Treves stehenden Unitarier, veröffentlich in ihrer Nummer vom 20. Januar einen heftigen Protest gegen den durch die Ruhrbesetzung begangenen Friedensbruch Frankreichs, dem wir folgendes entnehmen:

„Kein Herz kann ohne Mitgefühl bleiben bei dem Anblick eines Volkes, das, waffenlos, seine Freiheit und sein tägliches Brot verteidigt. Hier ist Widerstand Pflicht, weil er Lebensnotwendigkeit ist. Die Unmenschlichkeit eines Gläubigers, der, wie Shylock, sein Pfund Fleisch aus dem Körper seines Schuldners schneiden will, läßt unser Blut vor Grausen erstarren. — Auf der anderen Seite gewinnt das Opfer an innerer Größe. Diese Arbeiter, die dem Feind, der ihr Land ausplündern will, den Gehorsam versagen, sind nicht nur die Schmiede des Reichstums, sondern die Verteidiger ihres in der Existenz bedrohten Vaterlandes.

Frankreich hat bei der Sache noch nicht einmal die äußere Form gewahrt. Ist sein Einmarsch ins Ruhrgebiet ein militärischer Eroberungszug? Frankreich hat dies von Anfang an geleugnet, um sich der jeweiligen Verantwortlichkeit des Kriegszustandes zu entziehen und weil es glaubte, ein rein administratives Vorgehen ohne Schwierigkeiten durchführen zu können. Und dann, als die Ausführung der Unternehmung nicht so glatt ging, wie es sich törichterweise eingebildet hatte, hat es den Ingenieuren Generäle vor die Nase gesetzt und hat sich erlaubt, Gesetze und Befehle ergehen zu lassen und Kriegsgerichte einzusetzen. Aber, wenn kein Kriegszustand ist, wenn er nicht mit den gebührenden Formalitäten angesagt wurde, mit welcher willkürlichen Logik glaubt Frankreich nach den Rechten des kriegführenden Siegers befehlen zu können? Der Friedensvertrag deckt Deutschland unbedingt; es ist Frankreich, das den Vertrag bricht, indem es in das Gebiet eines nicht feindlichen Landes eindringt, und sich anmaßt, dort Souveränitätsrechte auszuüben. Auch dies ist die Geschichte vom Friedensvertrag, der nur ein Fetzen Papier ist!

Aber wenn uns fünf Kriegsjahre und drei Nachkriegsjahre auch alle Illusion über das sogenannte „Völkerrecht" genommen haben und wenn gegen Verletzung dieses Völkerrechts nur übrig bleibt, bei der Geschichte und bei der Zukunft Einspruch zu erheben, so bucht doch das menschliche Gewissen diese Verbrechen und den Protest dagegen. . . . Und es bucht auch den Haß, die tödliche Saat, die in neuen Verwicklungen aufgehen wird und in Kriegen, die die Ueberheblichkeit, die Begehrlichkeit und die blinde Torheit der Führenden am Schicksalshorizont heraufbeschwören!"

Unterstützung durch die Gewerkschaftsinternationale.

WTB. Amsterdam, 27. Januar.

In der am 25. Januar abgehaltenen Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, alle angeschlossenen Gewerkschaftszentralen zu ersuchen, dem Vorbilde des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, der eine erstmalige Spende von 150 000 Gulden zur Verfügung der Arbeiter des Ruhrgebietes gemacht hat, zu folgen und den deutschen Arbeitern in ihrem Kampfe gegen die Besetzung des Ruhrgebietes ansehnliche Geldbeträge zur Verfügung zu stellen. Das Geld soll von dem Internationalen Gewerkschaftsbund ausschließlich zur Unterstützung des proletarischen Kampfes der deutschen Arbeiter gegen die militaristische und kapitalistische Unterdrückung verwendet werden.

Eisenbahnunglück in Paris.

Paris, 29. Januar.

Zum zweiten Male seit ganz **kurzer** Zeit **hat der gestern** aus Köln eintreffende Schnellzug einen Prellbock im hiesigen Nordbahnhof überfahren. Der **Zusammenstoß war außerordentlich** heftig. Es wurden 12 Personen, Franzosen und Belgier, jedoch keine Deutsche, zum Teil **schwer** verletzt.

Eine Fälschung.

Der deutschnationale „Tag" behauptet in einem „Zwei Welten" überschriebenen Artikel, Genosse Breitscheid habe seine Reichstagsrede wörtlich mit dem Satze geschlossen: „Wir vertreten nicht die Interessen Deutschlands oder Europas, wir vertreten die Interessen der Welt." Tatsächlich hat Genosse Breitscheid, wie sich aus dem unkorrigierten Stenogramm ergibt, wörtlich folgendes gesagt: „Die Arbeiter sind es, die jetzt in der vordersten Linie stehen im Kampf für den Bestand des Deutschen Reiches. Die Arbeiter sind es, die jetzt die Republik, die jetzt Deutschland schützen. Die Arbeiter sind es, die der Welt draußen zurufen, daß es für die Welt eine Katastrophe sein würde, wenn Deutschland zugrunde geht. Wir vertreten nicht nur die Interessen Deutschlands, wir vertreten die Interessen Europas, wir vertreten die Interessen der Welt."

Genosse Breitscheid hat der Redaktion des „Tag" eine Berichtigung auf Grund des Preßgesetzes zugehen lassen.

500 Roßbach-Leute verhaftet.

Gera, 27. Januar. (Eig. Drahtber.)

In später Stunde wurde gestern abend von Leipzig nach Gera gemeldet, daß ein Zug unterwegs sei, in dem sich ein starker Trupp Roßbach-Leute auf der Fahrt nach München befinde. Das Aufhalten und die Durchsuchung des Zuges durch starke Polizeikräfte auf dem Gerauer Hauptbahnhofe bestätigte die Nachricht in vollem Umfange. Es wurden nicht weniger als 600 Roßbach-Männer herausgeholt, denen die Weiterfahrt durch Festnahme unmöglich gemacht wurde. Als der Zug nach München sich in Bewegung setzte, gelang es etwa 100 Roßbach-Leuten die Sperrlinie zu durchbrechen und noch mit abzufahren. Die übrigen 500 Mann befinden sich als Gefangene in der Kaserne. Die erste Prüfung durch die Kreisdirektion und die Polizei hat schon ergeben, daß es sich um eine ausgesprochen militärische Formation handelt. Unter den 600 Mann, die ein Bataillon der Brigade Roßbach darstellen, befinden sich 40 Offiziere, zum Teil in Uniform mit den Orden auf der Brust und der Pistole im Gurt. Die eigentliche Bewaffnung sollte höchstwahrscheinlich in Bayern vor sich gehen. Die Gefangenen verbleiben zunächst in der Kaserne, bis von der thüringischen Landesregierung, die sofort verständigt wurde, nähere Weisungen eingehen.

Herr Graefe protestiert.

Wie die Korrespondenz B. S. erfährt, hat sich Herr **v. Graefe** Sonnabend vormittag zum Reichskanzler begeben, um gegen die Festhaltung seiner Parteifreunde in Gera und in Berlin Protest zu erheben. Von den 600 Mitgliedern der Völkischen Freiheitspartei die gestern mit einem Sonderzug nach München reisen wollten, vermochte nur ein sehr kleiner Teil das Ziel zu erreichen, da die fahrplanmäßigen Züge nach München bereits stark besetzt waren und eine Ueberfüllung durch die zuständigen Organe verhindert wurde.

Reichstagsabgeordnete Wulle ist vorgestern nach Königsberg i. Pr. abgefahren, um von dort aus eine Vortragsreise durch die Ostmark zu unternehmen. Sämtliche Versammlungen, die zu diesem Zweck von der Völkischen Freiheitspartei einberufen worden waren, sind jedoch inzwischen verboten worden.

Hitlers Faust.

Die bayrische Regierung kriecht zu Kreuz.

Wird Hitler den angekündigten Kampf wagen? Wird die bayrische Regierung den Kampf annehmen? Auf diese beiden Fragen mußte der letzte Sonnabend die Antwort bringen. Sie ist da und lautet: **Hitler hat den Kampf gewagt! Die bayrische Regierung hat kapituliert!**

Als am Freitag gemeldet wurde, die bayrische Regierung habe den Ausnahmezustand verhängt und den Parteitag der Nationalsozialisten und die mit ihm zusammenhängenden Veranstaltungen verboten, da klatschten die bürgerlichen demokratischen Blätter lebhaften Beifall. „Man muß diese feste Haltung der bayrische Regierung mit Genugtuung verzeichnen. Sie verdient den Dank des ganzen deutschen Volkes dafür, daß sie nunmehr auch in Taten den Willen bekundet hat, einer etwaigen Ruhestörung größeren Umfanges mit Nachdruck zu begegnen und vorzubeugen", so schrieb die demokratische „Vossische Zeitung". Welchen Erfolg haben die „Taten" der Bayrischen Regierung gehabt? Die Nationalsozialisten dürfen trotz der durch sie veranlaßten Verhängung des Ausnahmezustandes ihren Parteitag abhalten, ihr am Freitag beschlagnahmtes Blatt ist wieder frei. Dafür sind aber im Zeichen des Ausnahmezustandes die Versammlungen der verfassungstreuen Sozialdemokratie, ferner die Versammlungen und das Organ der kommunistischen Partei verboten geblieben. Weil die Nationalsozialisten der Regierung den Kampf bis aufs Messer angesagt haben, und weil die Sozialdemokraten ihre Anhänger zum Schutze der bestehenden Staatsordnung aufriefen, wurden ihre Versammlungen verboten und Hitler darf als Triumphator seine Heerscharen in München mustern.

Das „Berliner Tageblatt" schrieb am Sonnabend über das Verbot der sozialdemokratischen Versammlung: „Wenn die bayrische Regierung wirklich auf Grund der Ausnahmeverordnung Versammlungen dieser Art verbietet, die vom echten nationalen Geist erfüllt sind und Versammlungen der Nationalsozialisten zuläßt, die nach eigenem Eingeständnis die deutsche Einmütigkeit verhöhnen und angreifen, dann würde allerdings die Verfügung zum Schutze der Ordnung in ihr Gegenteil verkehrt. Es wäre das ein schwächliches Zurückweichen vor bösartigen Störenfrieden, das sich bald bitter rächen würde."

Die „Münchener Post" gibt der Vermutung Ausdruck, daß die Staatsregierung aus Abneigung gegen die Anerkennung der republikanischen Staatsform nicht das Republikschutzgesetz zur Bekämpfung des Nationalsozialismus herangezogen hat, und das sie durch ihre Verordnung den Ausnahmezustand wieder einschmuggeln wollte, den sie unter der Regierung Wirth aufheben mußte. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Münchens wendet sich in einem Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Ausnahmezustand sich bisher nur gegen die sozialistische Arbeiterschaft gewendet habe. Es liege ein Nachgeben gegenüber Leuten vor, **die von der Regierung selbst als Verfassungsbrecher bezeichnet worden seien.** Hierdurch mache sich die Regierung vor der ganzen Welt lächerlich. Es wäre zu befürchten, daß der Ausnahmezustand sich lediglich gegen die sozialistischen Arbeiter richten werde.

Nach all dem, was wir seit den Tagen des Kapp-Putsches in Bayern erlebt haben, sind die Befürchtungen unserer bayrischen Parteigenossen leider nur zu berechtigt. Von einer Regierung, deren Chef Arm in Arm mit Hitler und dem Ueber-Hitler Ludendorff marschiert, und deren wichtigster Minister, der Innenminister Schweyer im Kabinett für die Wiedererrichtung der Einwohnerwehren eintritt, ist kein Kampf gegen die Zerstörer der Reichseinheit und die Feinde der Verfassung zu erwarten. Die bayrischen Arbeiter aber werden auch unter dem sich gegen sie wendenden Ausnahmezustand den Kampf für die Erhaltung der deutschen Republik mit derselben bewundernswerten Energie weiter führen wie bisher. Die ganze Arbeiterschaft Deutschlands wird getreu dem Gelöbnis, das sie auf den letzten Parteitagen ablegte, gemeinsam mit ihren bayrischen Brüdern diesen Kampf zum Sieg führen.

*

München, 27. Januar.

Da die Regierung, angeblich auf das Ehrenwort Hitlers hin, daß nichts passieren werde, die Versammlungen und Umzüge der Nationalsozialisten genehmigt hat, ist nicht erfindlich, zu welchem Zweck sie den Ausnahmezustand verhängt hat — es sei denn, um die weitgehenden Vollmachten infolge der Aufhebung der Verfassungsgarantien gegen die Sozialdemokratie anzuwenden. **Zu den** heutigen 12 Versammlungen der Nationalsozialisten zogen zahlreiche Teilnehmer, militärisch gegliedert, unter Gesang ihrer Lieder, innerhalb der Bannmeile des Landtagsgebäudes heran, ohne irgendwie von der Polizei gehindert zu werden. Bisher sind aus den Versammlungen Zwischenfälle nicht gemeldet. In dem Landauerschen Modewarengeschäft in der Kaufinger Straße schlugen die Demonstranten die Schaufenster ein; ob sie — wie beim Hotel Grünwald — auch gestohlen haben, ist noch nicht bekannt. Aus einer der Versammlungen wurde ein Trupp nach dem Gewerkschaftshaus abgeordnet; Zweck und Betätigung dieser Expedition sind noch nicht gemeldet. Für den morgigen Sonntag hat die Regierung auch die Umzüge der Nationalsozialisten genehmigt.

Der Kohlensteuerskandal.

Von Dr. R. Kuczynski.

Die Reichsregierung hat sich endlich veranlaßt gesehen zu der Beschuldigung der Kohlensteuerschiebung Stellung zu nehmen. WTB. verkündet:

„Laut Verfügung vom 1. September 1922 ist die am 30. September fällige Kohlensteuer auf drei Monate gestundet worden. Die so gestundete Steuer ist am 31. Dezember fällig geworden und restlos bezahlt. Außerdem ist durch eine Verfügung vom 30. Oktober 1922 die halbe am 31. Oktober und die halbe am 31. Dezember fällige Kohlensteuer auf je drei Monate gestundet, so daß also die gestundete halbe Oktobersteuer am 31. Januar 1923 und die halbe, ursprünglich am 31. Dezember fällige Steuer am 31. März zu zahlen sind. Es ist also durchaus unzutreffend, daß gar keine Kohlensteuer bezahlt wäre, vielmehr ist allein im Monat Dezember 1922 eine Summe von 19,9 Milliarden Mark eingegangen. Im übrigen sind die Stundungsanträge dem Garantiekomitee längst bekannt. Die Gründe für diese Maßnahme sind zwingender wirtschaftlicher Natur; insbesondere war es der Mangel an flüssigem Geld, der sich bekanntlich seit Anfang September in besorgniserregender Weise geltend machte. Die Bergwerksbesitzer wären ohne diese Unterstützung des Staates den im Gefolge des Marksturzes auftretenden sehr erheblichen Lohnsteigerungen und den gerade damals durchgeführten Aenderungen der Lohnzahlungsmodalitäten nicht gewachsen gewesen."

Der Tatbestand ist also klar. Die Bergwerksbesitzer haben z. B. im September für 1 Tonne Fettförderkohle 4105 Mk., davon 1140 Mk. für Kohlensteuer erhalten. Die 1140 Mk., die im September 78 Cents (1 Dollar = 1466 Mk.) wert waren, haben sie am 31. Dezember „restlos bezahlt", d. h. zu einem Zeitpunkt, wo sie nur noch 16 Cents (1 Dollar = 7350 Mk.) galten. **Die Bergwerksbesitzer haben also nur ein Fünftel der Steuer selbst getragen und vier Fünftel auf das Reich abgewälzt.** Tatsächlich war ihr Gewinn sogar noch etwas größer, da der Kohlenpreis inzwischen auf mehr als das Fünffache (ab 1. Dezember 22 763 Mark) gestiegen war. „Die Bergwerksbesitzer wären ohne diese Unterstützung des Staates den im Gefolge des Marksturzes auftretenden sehr erheblichen Lohnsteigerungen und den gerade damals durchgeführten Aenderungen der Lohnzahlungsmodalitäten nicht gewachsen gewesen"? Konnte man wirklich keine bessere Ausrede finden? Aenderungen der Lohnzahlungsmodalitäten, die eine Verschiebung der Steuerzahlungen um ein volles Vierteljahr rechtfertigen sollen? Und die „sehr erheblichen Lohnsteigerungen"? Wenn unsere Reichsregierung es nicht ohnehin weiß, dann lese sie es doch im „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" vom 30. Dezember 1922 nach, daß vom August bis November der Anteil der Löhne und Gehälter am Verkaufspreis der Kohle von 41 auf 29 Prozent gesunken ist.

Das Reichsfinanzministerium scheint sehr stolz darauf zu sein, daß die Kohlensteuer im Dezember 1922: 19,9 Milliarden Mark erbrachte. Ja, ist das etwa viel? Im Dezember 1921 war der Ertrag 646 Millionen Mark, d. h. 3,4 Millionen Dollars, im Dezember 1922: 19,9 Milliarden Mark, d. h. nur 2,6 Millionen Dollars. Dabei war der Kohlenpreis inzwischen nicht weniger gestiegen als der Dollar, und die Kohlensteuer war inzwischen (ab 1. April 1922) verdoppelt worden!

Und wer hat denn die 19,9 Milliarden aufgebracht? Letzten Endes doch das Reich selbst. Denn bei einem Kohlenpreis von 22 763 Mk. und einem monatlichen Verbrauch von 1½ Millionen Tonnen zahlte die Reichsbahn allein für die Kohlen, die sie verbrauchte, annähernd 10 Milliarden Mark Kohlensteuer, und es ist keine Uebertreibung, wenn man behauptet, daß die übrigen sachlichen Ausgaben der Reichsbahn (Schienen, Schwellen usw.), die sachlichen Ausgaben der Post usw. und die persönlichen Ausgaben des Reichs (Gehälter und Löhne für die Beamten, Angestellten und Arbeiter) ohne die alles verteuernde Kohlensteuer insgesamt annähernd 10 Milliarden niedriger gewesen wären. In den Monaten September, Oktober und November hätte das Reich ohne die Kohlensteuer sogar sicherlich ein geringeres Defizit gehabt als mit der Kohlensteuer.

Die Kohlensteuer wird stets eine teure Sache für das Reich sein. Bei der großen Rolle, die die Kohle direkt und indirekt im Haushalt der Reichsbetriebe, wie im Haushalt der vom Reiche lebenden Personen spielt, wird das Reich, selbst bei gewissenhafter Eintreibung der Kohlensteuer, etwa ein Drittel davon selbst zu tragen haben. **Um so weniger läßt es sich verantworten, daß das Reich den Bergwerksbesitzern bis zu vier Fünfteln der Kohlensteuer schenkt.**

Die Verfügung vom 30. Oktober, wonach die halbe am 31. Dezember fällige Kohlensteuer erst am 31. März zu zahlen ist, muß sofort aufgehoben werden. Wenn die Bergwerksbesitzer die halbe am 31. Dezember fällige Kohlensteuer jetzt zahlen, haben sie infolge der Geldentwertung schon zwei Drittel gespart, und das Reich, dem dann rechnungsmäßig ein Drittel verbleibt, hat dieses eine Drittel schon in dem Preis der Reichsbahnkohlen usw. hingegeben. Bleibt die Stundung weiter bestehen, so setzt das Reich bei der Kohlensteuer wieder zu. Das darf nicht sein. **Denn es gibt nichts Aufreizenderes, als eine Kohlensteuer, die die Aermsten der Armen aufs schwerste belastet, den Reichsten der Reichen die Taschen füllt und das Reich mehr kostet als sie einbringt.**

Wie es in München zugeht!

Die Fahnenweihe der Hitlerschen Nationalsozialisten, die **weder national noch Sozialisten sind**, mußte vertagt werden, da ihre nationale Gesinnung anscheinend nicht stark genug ist, um sie selbst in diesem Augenblick von Torheiten abzuhalten. Was in der Ordnungszelle des Herrn Kahr in diesen Tagen vorgeht, mögen einige Momentbilder vom Protestsonntag in München zeigen. Es scheint, daß ein Teil des Publikums nicht wußte, gegen wen sich der Protest richten sollte. Aber solche Verwechslungskomödien gehören wohl zum unvermeidlichen Requisit der bayrischen Regisseure, bei denen über die Begriffe „Tragödie" und „Komödie" die anmutigste Verwirrung herrscht.

I.

Die Träger der **republikanischen Fahnen**, die die grüne Landespolizei mit einem kleinen Teil des Zuges der Funktionäre der freien Gewerkschaften auf den Odeonsplatz ließ, umstehen ein dort stehendes Denkmal. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins verkündet, auf den Stufen des Denkmals stehend, den Schluß der Demonstration der freien Gewerkschaften gegen den französischen Einbruch ins Ruhrgebiet und schließt mit einem **Hoch auf die Deutsche Republik.**

Während die Landespolizei den größten Teil des Zuges der Funktionäre, der durch die plötzliche Unterbrechung seitens der Polizei nicht mehr auf den Odeonsplatz gelangen konnte, plötzlich und ohne jegliche Veranlassung mit dem Bajonett auseinander trieb, stürzte sich die von der Feldherrnhalle kommende, nach Tausenden zählende Menge der **Hakenkreuzler, Monarchisten, Roßbach-Leute** und sonstige Radaubrüder unter unglaublichen **Schmähreden auf die Republik** von der Brienner Straße her auf die von der Landespolizei von der Mehrheit ihrer Genossen abgeschnittene Gruppe der Fahnenträger.

Ein **Generalmajor a. D.** in Friedensuniform, den die Deutsche Republik mit hoher Pension aushält, ruft, **die Hand am Säbel**, die mit Knüppeln und Stöcken bewaffnete Menge auf, die **„Schandfetzen herunterzureißen und die Schweine kaput zu schlagen!"**

Mit den Rufen: **„Roßbach-Leute vor! Auf die Judenknechte!"** feuert ein Herr, **den Zylinder auf dem Kopf und einen Gummiknüppel in der Hand**, die tobsüchtig gewordene Bande zum Angriff an.

Die Polizei aber ist damit beschäftigt, den abgetrennten Teil der Arbeitervertreter mit dem Bajonett in alle Seitenstraßen zu versprengen. Die angegriffene Fahnengruppe wird ihrem Schicksal überlassen.

II.

Ein alter Arbeiter, bar jeglicher Waffe, wird von einer Rotte junger Burschen angegriffen, zu Boden geworfen und **mit genagelten Stiefeln, Gummiknüppeln und Stahlruten bearbeitet.**

Er hatte beim Kaffee „Luitpold" einer „gebildeten Dame", die unter die sich kämpfend zurückziehenden Arbeiter „gemeines Pack" gerufen hatte, die zweckentsprechende Antwort auf eine derartig gemeine Beschimpfung gegeben.

Nachdem **der etwa sechzigjährige**, am Boden Liegende schier bis zur Unkenntlichkeit hergerichtet war und versuchte, sich **blutüberströmt zu erheben, wurde er neuerdings zu Boden geschlagen. Zwei Polizisten**, die in etwa 15 Meter Entfernung den ganzen Vorgang vom Trottoir aus, **die Hände in den Manteltaschen**, beobachteten, wandten sich nun an die bewaffnete Lausbubengesellschaft und meinten, **„nun sei es doch genug"!** Selbstverständlich sah die Polizei auch hier keine Veranlassung gegeben, die nach bayrischer Verordnung doch verbotenen Waffen an sich zu nehmen.

III.

Einer der Fahnenträger hat sich mit anderen und mit **vieler** Mühe und Not aus dem Hexenkessel am Odeonsplatz in die Brienner Straße gerettet. Als er sich laufend der Postenkette **der grünen Polizei nähert**, um sich seine zahlreichen Verfolger vom Halse zu schaffen, machen diese Miene, **ihn aufzuhalten.** Er überrennt zwei dieser sauberen Republikbeamten, wird aber **gleich darauf von einem besseren Herrn mit Degenstock mit Erstechen bedroht.** Es gelingt ihm, mit seinem halben Fahnenschaft den Degenstock beiseite zu schlagen. Dabei kommt er aber zu Fall und **wird nun von grüner Polizei und dazukommenden Hakenkreuzlern barbarisch mißhandelt.**

Grüne Polizisten zerfetzen unter nicht wiederzugebenden Ausdrücken die deutsche Reichsflagge; einige Lausbuben stopfen die Tuchfetzen als billige Trophäen und triumphierend in ihre Manteltaschen.

IV.

Ueber den Stachus zieht ein Trupp **von etwa sechzig Funktionären;** die Fahne inmitte.

Gleich einem Rudel Raubtiere umschwärmen **Hunderte von uniformierten Hakenkreuzlern** und wie Wilde sich gebärdend den Trupp Kommandos ertönen: **„Sammeln!"** — ein Pfiff und von allen Seiten dringen die „Teutschen" mit **Gummiknüppeln, Stöcken, Reitpeitschen** und sonstigen Bedarfsartikeln auf die meistens nicht einmal mit einem Spazierstock bewaffneten Beschützer der Reichsflagge ein.

Diese erwehren sich des Ungeziefers mit den Fäusten so gut es geht und versuchen, möglichst geschlossen vorwärts zu kommen.

Plötzlich stürzt sich vom Gehsteig weg ein Offizier in Friedensuniform auf den Trupp, reißt den Säbel heraus und haut wie verrückt unter die ihres Weges ziehende Truppe. Er hat es vor allem auf den **„Saufetzen"**, die Reichsflagge, abgesehen, und es gelingt ihm auch unter entsprechender Assistenz zweier Hakenkreuzlerhaufen, den **Fahnenschaft abzuschlagen.** Ein wohlverdienter Faustschlag eines hünenhaften Funktionärs hat dem uniformierten Lumpen die Lust und Möglichkeit zu weiteren „Taten" genommen.

*

So stellen sich diese Herren die „Einheitsfront" vor, so sorgt man in Bayern dafür, daß auch das Ausland seine Gaudi hat. Vielleicht besinnt sich die bayrische Regierung jetzt endlich darauf, daß nicht alles Gold ist, was in der Gnadensonne Bayerns glänzt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 29. Januar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		27. Januar.	26. Januar.
Amsterdam	1 fl.	10643.37	9177.—
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1521.18	1346.62
Kristiania	1 Kr.	5137.12	4389.—
Kopenhagen	1 Kr.	5236.87	4583.50
Stockholm	1 Kr.	7122.15	6184.50
Helsingfors	1 finn. Mk.	668.82	563.58
Rom	1 Lire	1261.83	1107.22
London	1 £	124188.75	108228.75
New York	1 Doll.	26932.50	23191.87
Paris	1 Frs.	1705.72	1480.27
Zürich	1 Frs.	4987.50	4314.13
Madrid	1 Pesetas	4164.56	3615.93
Wien	100 Kr.	36.15	30.17
Prag	1 Kr.	763.08	643.33
Budapest	1 Kr.	10.22	8.27

Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

10. Fortsetzung.

6.

Kurze Zeit nach diesem stellte sich eines Morgens ein Austräger der Botenpost bei dem Portier des „Hotels der Gelehrten" mit einem Beutel voll Geld und einem Schinken ein; beides war an Cornelius adressiert. Der Dichter Versidor litt wie ehedem Thasverus an Schlaflosigkeit und befand sich gerade in der Pförtnerloge. Er kletterte trotz der frühen Stunde die fünf Treppen empor, die ihn von seinem Freunde Cornelius trennten, um ihm die gute Nachricht zu überbringen. Es war die achte Morgenstunde eines Dezembertages. Die Göttin Aurora war in übler Laune aufgestanden und hatte ihre Stirn verschleiert. Ein dichter Nebel lagerte über Paris und weinte still auf die Dächer nieder. Im Zimmer des Cornelius dämmerte es kaum, obgleich er von allen Bewohnern des Seitenbaus dem Himmel mit am nächsten war und mit Ausnahme einiger Spinnweben nicht den kleinsten Vorhang an seinen Fenstern hatte. Von dem Geräusch, das der Eintritt des Dichters verursachte, erwachte Cornelius plötzlich.

„Du machst soviel Lärm," rief er dem Dichter zu, „wie ein Schwarm von Alexandrinern. Was führt dich so zeitig hierher?"

Herrn Versidor, dem von Charakter und Berufes wegen der Schalk im Nacken saß — er verfertigte komische Opern — kam der Gedanke an, seinem Freunde Cornelius das zu spielen, was wir Franzosen im Jahre der Gnade 1843 einen gelungenen Streich nennen.

„Wieso zeitig? Du scherzest, mein freigebiger Mäcenas. Hast du gestern Opium eingenommen?"

„Weshalb?" fragte Cornelius.

„Weil das, was du für die Morgendämmerung hältst, nichts anderes ist als die Abendstunde."

„Die Abendstunde?" rief Cornelius bestürzt; „und ich bin auf nachmittags vier Uhr vom Abbe Rollet zu einem gelehrten Diner eingeladen."

„Wenn du nicht bloß zum Dessert zurechtkommen willst, wirst du übermenschliche Anstrengungen machen müssen."

„Wenn ich nur," sagte Cornelius, „zum Dessert hinkomme, so ist noch Zeit genug: erst beim Nachtisch beginnt die Unterhaltung wissenschaftlich zu werden."

„Zum Teufel auch! Für einen Mann, der seit acht Tagen auf schmale Kost gesetzt ist, hast du einen recht uneigennützigen Magen. Du hast nicht ganz unrecht. Mit einem guten Nachtisch und einem guten literarischen Gespräch kann man immerhin noch eine ganz erträgliche Mahlzeit halten; aber beeile dich, denn es ist halb fünf."

Cornelius sprang aus dem Bett und begann sich anzukleiden; aber als er seinen Rock anziehen wollte, bemerkte er mit Schmerz, daß er am Ellbogen ein großes Loch hatte.

„Versidor," sagte er zum Dichter, „leihe mir deinen Rock."

„Meinen Rock? Das ist Spott, blutige Ironie von dir. Schon vor länger als zwei Monaten habe ich einen Spencer daraus gemacht."

„Armer Versidor!"

„Warum arm? Wozu nützen die Schöße eines Rockes, wenn man nichts in die Taschen zu stecken hat?"

„Das ist für einen Dichter logisch genug," versetzte Cornelius; „aber dann hole mir den Rock unseres Physikers."

„Vor geraumer Zeit schon, Cornelius, hat der Rock unseres Physikers einen Hafen gegen die Stürme gefunden: er ist im Leihhaus. Wir haben ihn eines Tages, als die Sonne so schön schien, in der Weinschenke zum „Winzer von Burgund" verfrühstückt."

„Und habe ich mitgefrühstückt?"

„Zweifellos warst du dabei; du warst sogar die Hauptursache. Es war ein Frühstück, das wir arrangiert hatten, um dich über den Tod deines Kriegswagens zu trösten; du weißt ja, dein berühmter „Vernichter" . . . ."

„Ja, ja, ich weiß," sagte Cornelius. „Ich werde diesen Rock auslösen, wenn ich meine Gelder von Clameey bekommen haben werde. Aber der Rock des Geometers?"

„Der Rock unseres Geometers, weniger glücklich als der unseres Physikers, ist in einen Zustand beklagenswerter Erniedrigung gefallen! Er bekleidet jetzt das Amt eines Wischlappens. Der Geometer benutzt ihn, um seine schwarze Tafel damit abzuwischen; aber er hat einen Schlafrock, wenn der dir passen würde . . ."

„Gut, hole mir seinen Schlafrock! Ich werde dem Abbe Rollet sagen, daß es ein Ueberrock ist."

„Sehr gut, und wenn er es bezweifelt, wirst du es ihm beweisen."

Versidor holte den Schlafrock herbei, Cornelius zog ihn an und wollte zur Tür hinausgehen.

„Aber," rief Versidor, „willst du denn beim Abbe Rollet in Pantoffeln speisen?"

„Warum nicht? Diskutiert man in Pantoffeln nicht ebensogut wie in Stiefeln?"

„Ich weiß es nicht. Uebrigens wirst du dem Abbe Rollet demonstrieren, daß das Stiefel sind. Aber besitzt du denn nicht vielleicht zufällig ein Paar Stiefel?"

„Ich habe welche und habe auch keine; das heißt, ich habe viele, die nichts taugen, aber nicht ein Paar gute."

„Das ist ärgerlich! Bei Schuhwerk ersetzt die Quantität nicht die Qualität; aber komm, wir wollen einmal in deinen Archiven forschen, wir werden wohl ein Paar Stiefel finden, das sich bei einem Diner sehen lassen kann."

Cornelius stieg mit dem Dichter auf den Boden. Er erblickte ein Paar Stiefel, das ihm noch ausgangsfähig erschien, obgleich es wie alle andern durchlöchert war. Er steckte seine Füße ohne Mißtrauen, ohne Hintergedanken hinein, wie jemand sein eigenes Zimmer betritt. Ein leises Quieken wurde hörbar.

„Sieh mal an," sagte Versidor; „können deine Stiefel sprechen?"

„Das ist keine Stimme, es ist wohl eine arme Maus, die ich fürchte, erdrückt zu haben."

Der gute Cornelius fuhr mit der Hand in den Stiefel, der geschrieen hatte, und zog eine große Ratte daraus hervor, die an diesen Ort wahrscheinlich durch den Köder einer alten vergessenen Strumpfsocke gelockt worden war. Versidor brach bei diesem Anblick in ein Gelächter aus.

„Du lachst darüber, Verfasser komischer Opern. Du hast keine Empfindung und wirst niemals das tragische Mitleid zu behandeln verstehen."

Cornelius zog seine Stiefeln an und stieg mit Versidor wieder in die Wohnung hinab. Er wollte seinen Hut aufsetzen; aber am vorhergehenden Abend hatte er, mit seiner großartigen Erfindung beschäftigt, geglaubt, ihn auf die Kommode zu legen und hatte ihn ins Waschbecken gelegt.

„Zum Teufel," sagte er; „wie ärgerlich!"

„Dein Filz muß ganz höllisch durstig gewesen sein; nicht ein Tropfen Wasser ist im Waschbecken geblieben."

„Du bist ja in deinen Operetten so fruchtbar in Auskunftsmitteln, Versidor, du mußt mir einen anderen Hut schaffen."

„Im Hotel der Gelehrten ist es nicht leicht, einen noch tragbaren zu finden, aber unten wohnt ein Theologiestudent, mit dem ich bekannt bin und der jetzt ohne Zweifel über seinen Kommentaren zum heiligen Augustinus büffelt. Ich werde dir seinen Dreispitz bringen."

„Wird er ihn wohl ausleihen wollen,"

„Ist es nicht für ihn eine Pflicht der christlichen Barmherzigkeit? Dieser Kopfschmuck wird sehr gut zu deinem Kostüm passen."

„Was kommt es darauf an, was ein Mensch auf dem Kopfe hat?"

„Das ist wahr, man diskutiert wirklich im Dreispitz ebensogut wie im runden Hut. Willst du, wenn du die kalte Luft für deinen Schädel fürchtest, daß ich dir die Kappe Seiner Ehrwürden bringe?"

Fortsetzung folgt.

Amtlicher Teil

Versammlung der Bürgerschaft

am Montag, dem 5. Februar, abends 6 Uhr.
12392) Der Wortführer **Gustav Ehlers.**

Gebührenordnung des Polizeiamtes.

(Veröffentlicht am 26. Januar 1923.)

Auf Grund der Bekanntmachung des Senates, betreffend Festsetzung der Gebühren und Abgaben durch die Behörden vom 15. November 1922, hat das Polizeiamt im Einvernehmen mit der Finanzbehörde beschlossen, die durch die Gebührenordnung des Polizeiamts vom 23. November v. Js. festgesetzten Gebühren auf das Zweifache zu erhöhen.

Der Gebührenordnung werden hinzugefügt als Ziffer:

14a: Für die Behandlung von Fundsachen, wenn der Fundgegenstand einen Wert von 100 bis 2000 Mk. hat, 10 v. H. der Wertsumme, sofern sein Wert 2000 Mk. übersteigt, 1 v. H. der Wertsumme, mindestens jedoch 200 Mk.

Daneben sind die baren Auslagen zu ersetzen. Die Gebühren sind von dem Besitzer des Fundgegenstandes bei der Aushändigung zu zahlen.

35a: Erlaubnisscheine zu Ausspielungen 1 v. H. des Wertes der Sachgegenstände, mindestens jedoch 300 Mk.

Die Ziffer 24 unter 1a bis c der Gebührenordnung erhält folgende Fassung:

24. Erlaubnisscheine zum Betriebe

1. a) von Gastwirtschaften:

in der I. Gewerbesteuerklasse	4000 Mk.
" " II. "	6000 "
" " III. "	8000 "
" " IV. "	10000 "
" " V. "	12000 "

b. von Schankwirtschaften:

in der I. Gewerbesteuerklasse	2600 Mk.
" " II. "	4000 "
" " III. "	6000 "
" " IV. "	8000 "
" " V. "	10000 "

c) des Kleinhandels mit Branntwein und Spirituosen:

in der I. Gewerbesteuerklasse	1000 Mk.
" " II. "	2500 "
" " III. "	4000 "
" " IV. "	6000 "
" " V. "	8000 "

Lübeck, den 26. Januar 1923. (12406

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Erhöhung der Gebühren für das Verfahren bei Zwangsvollstreckungen im Verwaltungswege auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1899.

(Veröffentlicht am 26. Januar 1923.)

Auf Grund der Bekanntmachung des Senats vom 15. November 1922, betreffend Festlegung der Gebühren und Abgaben durch die Behörden, hat das Polizeiamt im Einvernehmen mit der Finanzbehörde beschlossen, die durch die Gebührenordnung vom 23. November v. Js. für das Verfahren bei Zwangsvollstreckungen im Verwaltungswege festgesetzten Gebühren auf das Zweifache zu erhöhen.

Lübeck, den 26. Januar 1923. (12407

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Erhöhung der Gebühren für die Prüfung von Mineralwasserapparaten.

(Veröffentlicht am 26. Januar 1923.)

Auf Grund der Bekanntmachung des Senats, betreffend Festsetzung der Gebühren und Abgaben durch die Behörden vom 15. November 1922, hat das Polizeiamt im Einvernehmen mit der Finanzbehörde beschlossen, die durch die Verordnung über die Herstellung kohlensaurer Getränke und den Verkehr mit solchen Getränken vom 16. Juni 1914 festgesetzten Gebühren für die Prüfung von Mineralwasserapparaten auf das Zweifache zu erhöhen.

Lübeck, den 26. Januar 1923. (12405

Das Polizeiamt.

Güterrechtsregister.

Am 27. Januar 1923 ist betr. der Ehe des [illegible] Johannes Bohlender und dessen Ehefrau Elisabeth geb. [illegible] in Lübeck [illegible] Vertrag vom 18. November 1922 die Verwaltung und Nutznießung des Ehemannes an dem eingebrachten Gut der Ehefrau ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart. 12408

Lübeck. **Das Amtsgericht, Abt. II.**

Nichtamtlicher Teil

[illegible]

Lübeck, den [illegible] Jan. 1923.

Direktion der Lübeck-Büch. Eisenb.-Gesellschaft.

Lene Behrens
Josef Kendzierski
Verlobte.
Lübeck [illegible]
[illegible] Januar 1923. (12413

[illegible] (12414

[illegible] (12418

[illegible] (12426

[illegible]

[illegible] **Georg Topp.** [illegible]

[illegible]

[illegible]

Felle

kauft höchstzahlend **Isaac Frankenthal** Beckergrube 53. Tel. 8641.
12397

Haare

Wildfelle,

wie: Hasen, Kanin, Ziegen, **Dachse, Eichhörnchen,** Rehe, **Katzen,** Marder, **Iltisse,** Füchse usw. kauft dauernd zu **höchsten Tagespreisen** (12396

Frettierer erhalten bedeutend erhöhte Preise.

Eduard Hirsekorn, Lübeck, 20 Sandstraße 20.

Gute Frauen-

Haare

kauft (12398 **höchstzahlend**

Haarhandlung

Kostbahn,
Sandstraße 12,
von 9—12, 3—5 Uhr.

Höchstzahlend,

weil für eigene Verarbeitung. (12395

Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Brillanten, Doublee

kaufen ständig

Hans Steudel,
Goldschmied,
Moislinger Allee 21,

Gustav Pütter,
Uhrmacher,
Lindenstr., Ecke Meierstr.

Steppdecken

Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann
BreiteStr.31.Fernsp.8659
12394

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.

Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.
10250a

Gold-

Bruch **Silber- Platin. Uhren. Bruch Brillanten alte Münzen Zahngebisse** kauft zu anerkannt höchsten Preisen

Westfehling, Holstenstraße 32. Eigene Schmelze. (12393

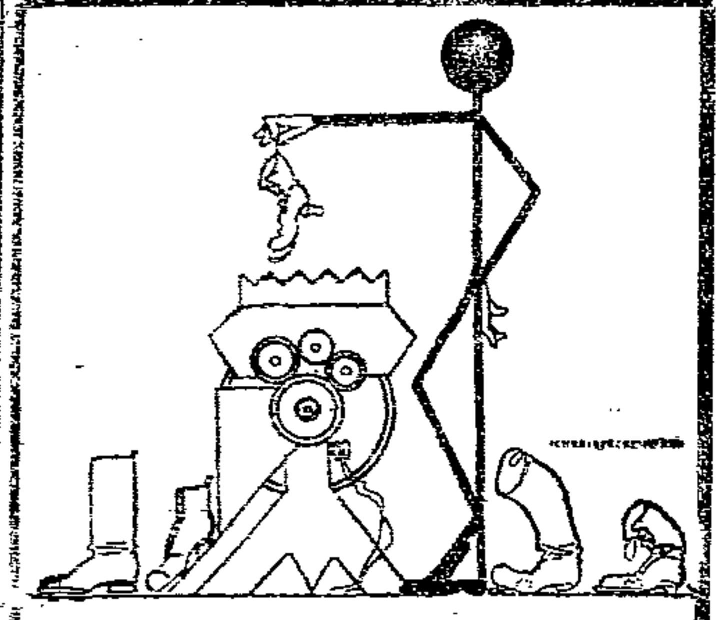
Wer sein eigener Lieferant sein will, wird Mitglied des Konsumvereins!

Die Kunst der

Selbstverteidigung

bei tätlichen Angriffen nach dem japanischen **Dschiu-Dschitsu.** Mit 40 Abbildungen.

Buchhandlung Lüb. Volksbote.



Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei

mit separatem Warteraum.

Spezialität: Gummisohlen und Absätze.

Robert Jentzen

Hüxstraße (13975a

50

Fernspr. 2873. Fernspr. 2873.

12424

Für alle Leser des Volksboten!

Unsere Leser können bei den Zeitungsträgern oder in unserer Volksbuchhandlung die hochinteressante reichillustrierte Monatsschrift **„Welt und Wissen“** bestellen. Welt und Wissen ersetzt

eine große illustr. Hausbibliothek

denn sie bringt, leichtverständlich und hochinteressant für jedermann, die Wissenschaft der ganzen Welt in Wort und Bild gegen eine kleine Vergütung von monatlich

nur 90 Mark.

Jedes Heft, reich illustriert, mit Umschlag 36 Seiten stark, bringt 15—20 Artikel von ersten Fachleuten. Folgende Wissenschaften werden darin behandelt:

1. Länderkunde.	14. Maschinenbau.
2. Reisebeschreibung	15. Elektrotechnik.
3. Meereskunde.	16. Bauwesen.
4. Tierkunde.	17. Bergbau.
5. Entwicklungsgeschichte.	18. Luftschiffahrt.
6. Bau des menschlichen Körpers.	19. Photographie.
	20. Kulturgeschichte.
7. Pflanzenkunde.	21. Altertumskunde.
8. Mineralkunde.	22. Kunstgeschichte.
9. Geologie.	23. Völkerkunde.
10. Chemie.	24. Wirtschaftslehre.
11. Physik.	25. Gesundheitslehre.
12. Himmelskunde.	26. Gartenbau.
13. Erfindungen.	27. Tierheilkunde.

Wissen ist Macht! — Wissen macht frei!
Kein Leser des Volksboten versäume zu bestellen!

Schreiben Sie sofort Ihren Namen mit Wohnungsangabe unter diesen Bestellschein und geben Sie denselben wie oben angegeben ab oder senden Sie den Bestellschein als Drucksache im Briefumschlag an uns ein. Unsere Postabonnenten können Welt und Wissen bei der Post bestellen. (5091

Bestellschein!

An die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., „Lübecker Volksbote“.

Ich bestelle hiermit, bis Abbestellung von mir erfolgt, die illustrierte Monatsschrift „Welt und Wissen“ zum Preise von 90 Mark für jedes Heft.

Name: ....

Ort, Str. u. Nr.: ....

Margarine billig

weit unter Fabrikpreis

2300, 2500, 2650, 2800 p. Pfd.

bis Mittwoch abend 6 Uhr

Lübecker Margarine-Zentrale

A. Dreessen. (12419

Torfverkauf

ab Kahn unterhalb Percevalstraße (12409

Preise solange Vorrat reicht bis 3. Februar:

1. Qualität Stücktorf 700.— Mk. pro Ztr.
2. Qualität Grus und Stück 450.— Mk. pro Ztr., frei Haus 200.— Mk. mehr.

Bestens geeignet zum Strecken von Koks und Briketts für Herde, Öfen und Zentralheizung.

Hans Westfehling,
Engelsgrube 44. Fernsprecher 884.

Das auf Parteitagsbeschluß angefertigte

Partei-Abzeichen

in Form einer schmuckvollen metallenen Anstecknadel ist in der Buchhandlung Lübecker Volksbote zu haben.

Preis Mk. 50.—

Das Wahrzeichen der Sozialdem. Partei trägt jeder überzeugte Genosse!

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Lehrkursus

für sachgemäße und sparsame Bedienung der Hausbrandfeuerungen aller Art. Vorträge mit Lichtbildern in der Aula des Johanneums.

3. Febr. 5 Uhr nachm. Obering. Schrein über Brennstoffe u. Verbrennungen. Obermeister Förster über Schornsteine.
4. Febr. 10½ Uhr vorm. Obermeister Polt über Öfen und Herde.
5. Febr. 5½ Uhr nachm. Direktor Neumann über Gaskocher usw.
6. Febr. 5½ Uhr nachm. Baurat Stock über Zentralheizungen.
7.—9. Februar. Praktische Übungen.

Etwaige Änderungen werden bei den Vorträgen bekannt gegeben. Eintrittskarten erhältlich im Bureau der Technischen Nothilfe, Fleischhauerstraße 91 zu 400 Mk. für den ganzen Lehrgang, 200 Mk. für einen Teilkursus. Anträge auf Ermäßigung oder Erlaß des Eintrittsgeldes finden weitgehende Berücksichtigung. (12416

Verein Deutscher Ingenieure.

Deutscher Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck.
12417

Versammlung
der
Lastadiearbeiter
am Dienstag, 30. Jan. abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokr. Verein Lübeck.

V. u. A.
einschließlich Bezirksführer
Montag, d. 29. Januar abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
12402

Freiwillige Frauen-Sterbekasse

General-Versammlung
am Dienstag, 30. Jan. abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung v. Jahr 1922.
2. Vorstands- u. Botenwahl.
3. Innere Kassenangelegenheiten.

12400) **Der Vorstand.**

Café „Vaterland“

Täglich Konzert
der (12054
Hamburger Künstler-Vereinigung.
Direktion: **Adolf Martens**

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Weberus-Stimmungs-Konzerte.
12399

Hansa-Theater.

Allabendlich 7½ Uhr:

Madame Pompadour.

Operette in 3 Akten von Leo Fall. (12414
Mit **Lissy Niemz** in der Titelrolle.

In Vorbereitung:

Boccaccio.

Stadttheater Lübeck

Montag 7.30: **12. Volks-Konzert.**
Dienstag 6.30, Ab. D: **Die Meistersinger v. Nürnberg.** (12403
Mittwoch 7.30, Ab. D: **Das Postamt,** hierauf **Das Herzwunder.**

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Montag, 29. Januar 1923. Nummer 24.

Freistaat Lübeck.

Montag, 29. Januar.

Der Pfeiler.

Steht zusammen Hand in Hand!
Wir tragen die Zeit! Wir tragen das Land.
Wir sind die Pfeiler künftiger Welt.
Was soll bestehn, wenn der Pfeiler nicht hält?
Bedenkt und erkennt:
Wer sich von unserem Bunde trennt,
Bringt den Bau ins Wanken und Schwanken.
Drum einig im Willen, und eins die Gedanken!
Jeder Pfeiler trägt schwere Last
Ohne Ermüden und ohne Rast.
Heißt sein Sinn doch: Stützen und Halten
Gegen Stürme und Sturmgewalten!
Grad oder schief,
Hoch oder tief:
Der Zukunft Tempel wird sich fügen,
Wenn nur die Pfeiler und der Bau genügen.
So fügt euch ein
Stein für Stein!
Stützt und hebt und haltet stand!
Wir tragen die Zeit! Wir tragen das Land.

Karl Bröger.

Brot oder Zeitung?

Wer in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel und breitet es weiter und weiter. Wenn man erst einmal die Massen der Arbeiter geteilt hat, dann wird man mit ihnen und ihren Forderungen fertig. Das weiß jeder. In bewegten Zeiten werden Unsicherheiten kommen, die manchen beirren können; es sind zuweilen auch Maßnahmen notwendig, die in andern Zeiten von den Führern nie gewählt worden wären, jetzt aber aus rein weltklugen Ursachen gar nicht abzuweisen sind, und da springen in sich nicht feste Leser leicht ab. „Was bringt dir denn dein Blättchen," fragt die Frau. „Was hat es dir gebracht?"

Das steht fest, wäre es nie gelungen, das Proletariat zu einigen, zusammenzuhalten, dann ginge es ihm heute sehr, sehr schlecht. Wer ungeduldig ist über unsern langsamen Fortschritt, dem fehlt geschichtliches Verständnis. Noch zu keiner Zeit haben Weltanschauungen von der doch das ganze Leben umstellenden Bedeutung des Sozialismus in wenigen Jahren die Völker erobert. Selbst das Nachhelfen der Gewalt fördert da nichts, wie uns das sich rückwärts bewegende Sowjetrußland lehrt. Weltanschauungen wenden sich nicht an Muskeln, sondern an die denkende Vernunft. Feste Ueberzeugung und klarer Wille sind mehr wert als vorübergehende Straßengewalt. Sobald der Zeitpunkt da ist, von dem an man ein Neues dauernd begründen kann, muß es geschehen. Gegenwärtig ist wenig möglich. Wer das nicht einsieht, der wird unzufrieden. Da ist gerade die Presse nötig mit ihrer stets wachsenden Kraft, stets neuen Anregung. Wir dürfen nicht einschlafen. Die gegenwärtige Zeit arbeitet auf allen Gebieten für den Kapitalisten, glänzend geradezu auf dem Gebiet der Presse. Der Kapitalist strebt danach, sie völlig zu beherrschen, unsere Blätter gänzlich zu vernichten und so ohne Parlament, Regierung und Gesetz der Arbeiterbewegung das Genick zu brechen. Wenn das die Massen nicht verstehen, dann gelingt es. Denke dir eine Reichstagswahl ohne Presse für deine Notwendigkeiten! Nur die Gegner haben Papier und Schwärze in Fülle! Du kannst nichts machen! Deine ganze Kraft liegt allein im Zusammenhalt der arbeitenden Massen, ganz allein. Geht der zu Bruch, dann bist du auf Jahrzehnte geliefert. Wer das nicht begreift, dem fehlt vieles; wer es aber einsieht, der wird auch nicht ohne Not die Arbeiterpresse im Stich lassen. Er weiß, daß er sich im Stich läßt.

Geistige Nahrung, geistige Auffrischung ist ebenso notwendig wie Brot. Die Frau, die jetzt unsre Zeitung als entbehrlich ansieht, ist nicht etwa die bessere Rechnerin; denn wer die Kraft hemmt, die dem Aufschwung der Proletarier allein Flügel zu leihen vermag, der stärkt das Kapital der Feinde. Ich will die monatliche Ausgabe für die Zeitung nicht umrechnen in Wurst, Butter, Eier, Bier, nein, ich halte unsre Genossen und Genossinnen für viel zu einsichtig. Wer nicht begreift, was auf dem Spiele steht, wer so oberflächlich ist, daß er heute seine alte Kampfgenossin leichtlich missen kann, der gehört zu jenen Menschen, die gerne dort ernten, wo sie nicht säten. Es gibt kaum eine Bewegung, die so viel geistige Kraft nötig hat wie der Sozialismus, und wer ihm dienen will, sorge, daß seine Kraft nicht erlahme. Sein geistiges Rüstzeug vernachlässigen, heißt den Gegner stärken. Wir müssen in fester Kette stehen, müssen uns stets daran erinnern, daß wir noch einen schweren Kampf vor uns haben und darum Opfermut bezeugen. Auf dich, Genossin, kommt es in dieser Zeit viel an; denn du führst in der Regel den Beutel des Haushalts. Höre, laß dich und deinen Mann nicht geistig verhungern, laß ihn nicht geistig fesseln, übergi nicht das Feld deinen Feinden! Damit sparst du nichts. Für den Tag vielleicht, nichts aber für deine Kinder.

Kann man noch?
Nein, man muß erst recht.

Einschränkung des Zugverkehrs. — Verdoppelung der Postgebühren.

Der Personenzugverkehr der Reichsbahn soll in nächster Zeit um insgesamt rund 10 bis 20 Prozent eingeschränkt werden. Die Einschränkungen erfolgen teils sofort, teils in einigen Tagen. Wenn auch die Dienstkohlenlage der Reichseisenbahn zurzeit noch günstig ist (es ist ein Vorrat für etwa 40 Tage vorhanden), so müssen doch bei der Ungewißheit der Weiterbelieferung an Kohlen in das nichtbesetzte Gebiet Ersparnismaßnahmen sofort einsetzen. Die Einschränkungen erfolgen auf Grund von Plänen, die die Reichsbahndirektionen nach den örtlichen Verhältnissen aufgestellt haben. Dabei ist auf die Bedienung der Berufsarbeiter und des übrigen lebensnotwendigen Verkehrs, besonders auch der Post sowie von Milch in Personenzügen, Rücksicht genommen.

Am 6. Februar tritt, wie die „Pol. Parl. Nachr." erfahren, der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium zusammen, um gutachtliche Stellung zu nehmen zu einer neuen, zum 1. März geplanten Verdoppelung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Diese Gebührenerhöhung macht sich notwendig, weil bei der neu eingetretenen Geldentwertung die jetzigen Gebührensätze ein Defizit von rund 500 Milliarden Mark für das Jahr 1923 ergeben würden. Durch die neue Erhöhung kommt der gewöhnliche Fernbrief auf 100 Mark zu stehen, das heißt die Gebührensätze der Reichspost weisen gegenüber der Vorkriegszeit eine tausendfache Erhöhung auf.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Das Drängen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften hat dazu geführt, daß in den nächsten Tagen eine weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung stattfinden wird. Rückwirkend vom 15. Januar an soll für Klasse A die Unterstützung eines Ledigen mit selbständigem Haushalt auf 600 Mk. täglich erhöht werden. Demgemäß erfahren auch die Zuschußunterstützungen für die Frauen und Kinder entsprechend Erhöhung. Der Vorstand des ADGB. hat bei der diesbezüglichen Besprechung mit den Regierungsstellen keinen Zweifel darüber gelassen, daß diese Erhöhung nicht der eingetretenen Entwertung des Geldes Rechnung trägt und daß weitere Erhöhungen unbedingt notwendig sind. Es soll daher eine weitere Erhöhung bereits mit dem 1. Februar eintreten.

Parteivereine!

Der Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugendvereine Mecklenburg-Lübeck beruft zum Sonntag, dem 18. Februar, morgens 8 Uhr, die diesjährige Bezirkskonferenz nach Wismar im Lokale „Zur Sonne" ein. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Anträge. 3. Wahl des Bezirksvorstandes. 4. Verschiedenes 5. Vortrag des Gen. Max Westphal (Berlin). Am Vorabend der Konferenz findet eine Jugendfeier, verbunden mit einer großen Bücherausstellung statt. Die Parteivereine in den Orten, wo sich kein Arbeiter-Jugendverein befindet, werden gebeten, Vertreter zu entsenden.

Der Bezirksvorstand.

J. A.: Karl Teß, Lübeck, Königstraße 45 I.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 5. Februar, abens 6 Uhr statt.

Beamtenkonferenz des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. In Bremen tagte eine vom Hauptvorstand des „D. E. V." für die Reichsbahndirektionsbezirke Hannover, Altona mit Mecklenburg, Münster und Oldenburg einberufene Bezirksbeamtenkonferenz. Die beiden Referenten, der zweite Vorsitzende des "D. E. V.", Bernhard und Kollege Jahn besprachen die jetzigen Verhältnisse der gesamten Deutschen Beamtenschaft, insbesondere die der Reichsbahnbeamten. Während Bernhard auf die dringende Notwendigkeit hinwies, gerade in der gegenwärtigen Zeit alle republikanisch gesinnten Eisenbahnbeamten und Arbeiter in einer Organisation zusammen zu fassen, um so einen Schutzwall der Deutschen Republik gegen alle Angriffe der monarchistischen Leisetreter bilden zu können, legte Kollege Jahn in zielklaren Worten dar, welche Wege beschritte nwerden müssen, um alle wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Ziele der gesamten deutschen Eisenbahnerschaft zu erreichen. Beide Referate wurden von den 80 Delgierten mit großem Beifall aufgenommen. In der lebhaften Debatte brachten sämtliche Redner einmütig zum Ausdruck, daß sie sich der Schwere ihrer Pionierarbeit für die freie Beamtenbewegung voll und ganz bewußt sind, und daß sie auch in Zukunft diese intensiv leisten werden. Nur durch Schaffung eines großen freigewerkschaftlichen Machtfaktors der gesamten deutschen Eisenbahner könnten die Ziele der Eisenbahnbeamten und Arbeiter im Interesse der Gesamtheit erreicht werden. Nachfolgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die am 21. Januar im Domrestaurant zu Bremen tagende, von 80 Delegierten besuchte Bezirksbeamtenkonferenz des D. E. V. steht einstimmig auf de mStandpunkt, daß alle wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Ziele der gesamten Eisenbahnbeamtenschaft nur verwirklicht werden können, durch Zusammenschluß aller Eisenbahnbeamten und -Arbeiter in einer Organisation. Die Notwendigkeit, diese Zusammenfassung so schnell wie möglich zu bewerkstelligen, liegt umsomehr vor, als nur durch Konzentration aller republikanisch gesinnten Eisenbahnbeamten und -Arbeiter mit der übrigen gesamten Arbeitnehmerschaft Deutschlands die Deutsche Republik gefestigt, anderseits alle gerade gegenwärtig geführten Angriffe der monarchistischen Gesellschaft abgeschlagen werden können. Des weiteren begrüßen die Konferenzteilnehmer die durch den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund erfolgte Annahme der vom ADGB. und Afa aufgestellten Grundsätze und geben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß der A. D. B. Absatz 3 der angenommenen Grundsätze, betreffs Verschmelzung der R. G. mit dem D. E. V., bald in Erfüllung bringen möge.

Gegner der Elternräte. Im Gegensatz zu der am Sonnabend mitgeteilten Entschließung des Lübecker Lehrer-Vereins erklärten vier andere Lehrervereine (und -vereinchen) in einer gemeinsamen Eingabe an den Ausschuß der Bürgerschaft für Unterricht, Kunst und Wissenschaft, daß sie dem Vorschlag der Oberschulbehörde betreffend Verwaltung der Schulen in Lübeck zustimmen. Besonders wenden sie sich aber gegen die Einführung von Elternbeiräten in jeglicher Form, weil sie in einer solchen Einrichtung eine Gefahr für die Volksschule erkennen. Die Eingabe ist unterzeichnet vom Lübecker Lehrerinnenverein (Marie Koltze), Lübecker Mittelschulverein (Hermann Klebe), Lübecker Lehrerverein von 1921 (Hermann Wentorf), Rektorenverein (Johannes Zölter).

Die Fürsorgestelle für Gemüts- und Nervenkranke, vom Wohlfahrtsamt im Dezember 1921 ins Leben gerufen, hat im Jahre 1922 eine ersprießliche Tätigkeit entfaltet; ihre Inanspruchnahme hat gezeigt, ein wie großes Bedürfnis nach Fürsorge auch auf diesem Gebiete vorhanden ist. Die Fürsorgestelle hat u. a. den Zweck, denen, die durch Ueberreizung oder übergroße Anspannung ihrer Nerven sich an Arbeitskraft oder Lebensmut beeinträchtigt fühlen, zur Seite zu stehen, mit ihnen oder hiren Angehörigen über geeignete Schritte zur Wiederherstellung der Gesundheit und Wiedererlangung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu beraten, Winke zu geben, wie in zweckmäßiger und verständiger Weise Erkrankte von ihrer nächsten Umgebung zu behandeln sind, notfalls auch Anstaltsfürsorge zu veranlassen. — Die Fürsorgestelle wurde im Jahre 1922 in 62 Fällen dieser Art in Anspruch genommen, von denen 13 durch Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung, 8 durch Verweisung an Fachärzte, 5 durch Erstattung gutachtlicher Aeußerungen, 6 durch vorläufige Anstaltsfürsorge ihre vorläufige Erledigung finden konnten. In den übirgen Fällen wurde Rat und Auskunft in der Sprechstunde, die einmal wöchentlich (Montags von 5—6 Uhr) unter ehrenamtlicher Leitung des Oberarztes Dr. Enge im Wohlfahrtsamt, 1. Stock, Zimmer 8, stattfindet, gewährt.

Eine Einschränkung des Zugverkehrs erfolgt wegen Kohlenmangels von heute ab. Näheres ist auf den Bahnhöfen zu ersehen.

pb. **Diebstahl.** Aus einem Hause der Mittelstraße wurden mittels Einbruchs folgende Sachen gestohlen: 1 grauer Militärmantel, 1 feldgraue Hose und Weste, 1 Paletot, 1 Anzug, 1 schwarzer Cutaway und Hose, 1 Selbstladepistole, 1 silberne Herrenuhr, 1 Nickelarmbanduhr, 1 goldene Damenuhr mit goldener Kette, 1 goldener Trauring, 1 Rasiermesser, 6 silberne Teelöffel.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Vorstand und Ausschuß einschließlich Bezirksführer: Heute abend, 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Stadttheater. Im Dienstag-Ab. „Die Meistersinger von Nürnberg". Mittwoch Tagores „Postamt", hierauf „Herzwunder" von W. v. Scholz.

Ein Lehrkursus für sachgemäße und sparsame Bedienung der Hausbrandfeuerung wird am 3.—9. Februar in der Aula des Johanneums abgehalten. (Siehe Inserat.)

Die Preise für Bücher und Hefte sind infolge der Geldentwertung bedeutend gestiegen, so daß von einer Lernmittelnot gesprochen werden kann. Was können Haus und Schule zur Linderung dieser Not tun? Diese Frage wird der Bund für Erziehung und Unterricht am kommenden Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Aula der Ernestinenschule erörtern. Alle interessierten Kreise sind zur Teilnahme eingeladen.

Die Deputatbewertung für die Landarbeiter.

Der mehrfache Protest der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes gegen die letzte Festsetzung der Deputatwerte für die Landarbeiter hat nunmehr doch zu einem Erfolge geführt. Die Gauleitung erhielt vom Finanzamt folgendes Schreiben:

„Es hat sich herausgestellt, daß die Bewertung des Deputats in der am 22. Dezember 1922 übersandten Bekanntmachung über den Geldwert der Natural- und Sachbezüge vom 1. Januar 1923 ab, nach der als Wert des Dezutats der jeweilige Unterschied zwischen dem Barlohn der Freiarbeiter und dem der Deputatarbeiter zuzüglich 50 v. H. gilt, nicht aufrecht erhalten werden kann. Es ist daher eine Abänderung der Bekanntmachung erforderlich.

Die Bekanntmachung lautet mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab wie folgt:

III. Wert des Deputats: 406 000 Mark jährlich (bei 2800 Pflichtarbeitsstunden also stündlich 145 Mk.).

Eine Aenderung ist hiernach insoweit eingetreten, als der bereits am 1. Januar 1923 ab geltende Wert von 406 000 Mark jährlich unverändert bis auf weiteres bleibt und nicht mehr der jeweilige Unterschied in den Barbezügen maßgebend ist."

Durch die vorherige Festsetzung waren für Lohnverhandlungen jegliche rechnerische Unterlagen genommen. Das hat sich jetzt geändert. Auf Grund obiger Mitteilung des Finanzamtes ist sofort eine Eingabe an den Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband eingereicht worden. Die Verhandlung wird in den nächsten Tagen stattfinden.

*

F. **Travemünde.** In einer öffentlichen Versammlung sprach im großen Saale des Colosseums Genosse Mehrlein über „Die Not der Zeit". Redner erörterte eingehend die politische Lage, wobei er besonders auch auf die Vorgänge im Ruhrrevier einging. Auch verurteilte er scharf die Steuerdrückebergerei der besitzenden Klassen, die Stundung der Kohlensteuern an die schwerreichen Kohlenbarone, erinnerte an die frühere Stellung dieser Herren zum Koalitionsrechte der Arbeiter, ihre Nebenregierung unter dem alten Regimente usw. Besonders nahm sich Mehrlein auch die Nationalsozialisten, Hakenkreuzler, Judenfresser usw. vor und lehnte es entschieden ab mit dieser Gesellschaft eine Einheitsfront zu bilden. Dann schilderte er die Bemühungen der Gewerkschaften auf Verständigung und entwickelte dabei die Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie. Seine Ausführungen fanden allgemeinen und großen Beifall der sehr gut besuchten Versammlung. In der Aussprache unterstrichen die Genossen Möller, Hagelstein jr., Knoop, Johannsen und Hagelstein sen. die Ausführungen des Referenten. Dabei kamen auch Fischerangelegenheiten zur Sprache und wurde allgemein der Unmut der Fischer zum Ausdruck darüber gebracht, daß die Durchsicht des Fischereigesetzes noch immer nicht zum Abschluß gebracht sei. Ebenso beklagten sich die Fischersöhne über die Nichtzulassung in die Fischereigenossenschaft. Mehrlein ging im Schlußwort darauf ein und empfahl, diese Angelegenheiten in einer besonderen Fischereiversammlung zu erörtern.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Vom Nationalistenpöbel. Die Hakenkreuzler hatten bei Sagebiel eine Versammlung, in der der deutschnatzionale Pfarrer Dr. Ritter und andere die Köpfe benebelten. Nachher zogen die Redaufritzen zur Moorweide und in die Nähe des Hauptbahnhofes, um den in der deutschnationalen Versammlung entfachten Mut austoben zu lassen. Auf der Moorweide wurden nationalistische Reden gehalten. Von einem Augenzeugen erhält das „Hamb. Echo" darüber folgenden Bericht: „Beim Hinzutreten vernahm ich von den Ausführungen des Redners noch ungefähr das folgende: „Unser Hindenburg und Ludendorff sind mehr wert als die gesamte Republik mit ihren Häuptlingen. Unser lieber Hindenburg und Ludendorff werden es doch noch fertig bringen, die Franzosen über den Rhein zu werfen und hinterher fliegt die ganze Republik. (Zwischenrufe aus der Menge; **„Nieder mit Ebert, dem Lausepräsidenten! Schmeißt ihn in den Rhein! Nieder mit der Judenfahne! Nieder mit Stolten! Raus mit Stolten! Nieder mit den sozialistischen Senatoren!"**) Der Redner forderte zum Einverständnis die Menge auf, die Kopfbedeckung abzunehmen und das Deutschlandlied zu singen. Mir wurde, da ich den Hut nicht abnahm, derselbe vom Kopfe geschlagen. Ich setzte meinen Hut wieder auf und verlangte von vier in unmittelbarer Nähe befindlichen blauen Polizeibeamten Schutz. Darauf bekam ich folgende Antwort: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um." Zwei Polizeihauptleute befanden sich ebenfalls bei den Polizeibeamten. Auch diese höheren Beamten der Schutzmannschaft haben mir nicht die geringste Hilfe gewährt oder Anweisung gegeben, mich zu schützen. Ich begab mich darauf zur Dammtorwache. Auf der Wache wurde mir die Auskunft gegeben, daß auf der Moorweide die Aufrechterhaltung der Ordnung von zwei Polizeihauptleuten sichergestellt würde. Die Namen der beiden Herren wurden mir auf Verlangen verweigert." Ganz ähnlich ging es vor dem Hotel „Reichshof", in dem Franzosen und Belgier vermutet wurden, beim Hauptbahnhof zu. Soundsovielmal stieg die „Wacht am Rhein" und „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen". Nach einiger Zeit steigerte sich der Radau und es ertönten Rufe: **„Holt sie raus!" „Schlagt sie tot!"** Die Ansammlungen waren so stark, daß zeitweise der Straßenbahnverkehr lahmgelegt war. Ueberall waren Polizeibeamte in größerer Zahl aufgeboten, aber zum Einschreiten kam es nicht. Uns wird mitgeteilt, daß es „zu keinerlei Zwischenfällen kam und Anlaß zum Einschreiten nicht vorlag." So denken sich die Reaktionäre die Einheitsfront. Aufgepaßt!

Hamburg. Vom „Deutschen Bund". Zu einer Gründungsversammlung des Deutschen Bundes hatte ins Curiohaus ein Herr Randat eingeladen. Die Eingeladenen waren aufgefordert worden, ihre Militärpapiere mitzubringen. Die Polizeibehörde sah sich die Sache genauer an, weil ihr Randats Neigung zu Abenteuern von früher her hier bekannt war. Er hatte sich nämlich 1919 ins Korps Lettow-Vorbeck als Leutnant aufnehmen lassen, ohne jemals Offizier gewesen zu sein, und sich dann in Finnland, Danzig und Oesterreich aufgehalten und sich hier als Prinz und früherer U-Boot-Kommandant ausgegeben. Heute hatte er sich als Kapitänleutnant a. D. bezeichnet. In seiner Wohnung fand man umfangreiches Propagandamaterial und Listen für eine bereits eingeleitete Geldsammlung. Er gibt zu, 60 000 Mark durch eine Sammlung aufgebracht zu haben, die er zur Deckung seiner Unkosten verwendet haben will. Es besteht jedoch der Verdacht, daß Randat von vornherein die Absicht hatte, die gesammelten Gelder für sich zu verwenden. Eine strafrechtliche Untersuchung ist eingeleitet worden. Randat wird dem Gericht zugeführt. Eine Reihe von Personen, die im Curiohaus auf Randat vergeblich warten mußten, versuchten in den Bannkreis zum Stadthaus zu dringen, wurden aber hieran durch die Ordnungspolizei gehindert. Ein Teil von ihnen zog dann demonstrierend zum Hotel Atlantic und zum Holzdamm. Eine Anzahl von ihnen vereinigte sich aber schließlich auf dem Neuen Wall, wo ihr aber die Orpo energisch entgegentrat und sie auseinandertrieb.

Rostock. Im Streit erschlagen. In Gnemern bei Satow gerieten vier Knechte miteinander in Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Zwei Knechte wurden durch Beilhiebe so schwer verletzt, daß sie ins Rostocker Krankenhaus überführt werden mußten. Auf dem Transport starb der eine von ihnen.

Bremen. Aus reaktionären Oberbeamtenkreisen. Das marktschreierische Getue der Ruhrsammlungen hat wieder einmal den alten Hochmuts- und Strebergeist der oberen Beamten geweckt. Sie suchen sich gegenseitig an Bevormundung der unteren Beamten zu überbieten, um bei „noch höheren" ihre Servilität zu beweisen. Also erstanden in den verschiedensten Abteilungen besondere Sammelstellen und es ergingen Befehle an die „Untergebenen", wohin sie ihr Geld abzuliefern hätten. Den Trumpf spielte ein Leiter einer Polizeiwache aus. Nach unserem Bremer Bruderblatt hat dieser eifrige Herr die Sammellisten der Beamten in seine Obhut genommen und „verfügt": „Ich erwarte, daß bei der Zeichnung der Geldbeträge „meine" Wache nicht unliebsam gegen die andern absticht." „Es erhält: wer über 2000 Mark zeichnet, „einen freien Tag", wer über 3000 Mk. zeichnet, „zwei freie Tage" usw. usw. Gerade wie zur Zeit des Krieges: Wer so und soviel Goldstücke abliefert, bekommt so und soviel Heimatsurlaub. Der Begüterte bekommt demnach Urlaub und dienstfreie Tage, und der Aermere muß, selbst wenn er über seine Kräfte zeichnet, aber nicht über 2000 Mk., Dienst machen. Wenn so willkürlich der Dienst gemacht wird, dann ist es kein Wunder, wenn die Klagen wegen mangelnder Sicherheit immer lebhafter werden. — Wenn sich die Beamten eine derartige Bevormundung gefallen lassen, verdienen sie keine bessere Behandlung. Sie sind reif für den alten preußisch-deutschen Drill. Uebrigens scheint Bremen überflüssige Beamte zu haben, sonst könnte nicht Urlaub nach Wohldünken gegeben werden.

Oldenburg. Dem Landtag ist der Voranschlag des Landesteils Oldenburg zugegangen. Dieser rechnet mit einer Gesamteinnahme von [illegible] Mark und einer Ausgabe von [illegible] Mark, demnach einem Ueberschuß von 9 310 000 Mark. Die Landesschulden stellen sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1923 voraussichtlich auf 149 781 529,69 Mark. Die Einnahmen stellen u. a. folgende Beträge auf: Von den Forsten (Rohertrag) [illegible] Mark, [illegible] für Gebäude und Grundstücke usw. [illegible] Mark, staatliche Renten für Siedlungen 75 000 000 Mark, [illegible] Mark. Anteil an der Reichseinkommensteuer [illegible] Mark, an der Reichsumsatzsteuer [illegible] Mark, an der Gewerbesteuer 20 600 000 Mark, vom [illegible] an Besoldungen für Beamte, Lehrer usw. [illegible] Mark. Insgesamt sind die Einnahmen vom Staatsvermögen auf 1 [illegible] Mark, die Einnahmen an Gebühren usw. für den Gebrauch von Staatsanstalten auf 55 660 000 Mark, die Einnahmen aus Steuern auf [illegible]1 480 000 Mark veranschlagt.

Gewerkschaften.

Die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter.

Die Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter hatten folgendes Ergebnis: Der bisherige [illegible] in Ortsklasse A wie folgt: Lohngruppe 1 um 94 Mark, Lohngruppe 2 um [illegible] Mk., Gruppe 3 um 92 Mk., Gruppe 4 um [illegible] Mk., Gruppe 5 um 57 Mk., Gruppe 6 um 56 Mk. und Gruppe 7 um [illegible] Mk. Die Spanne zwischen den einzelnen Ortsklassen beträgt 7 Mk. für Männliche und 6 Mk. für Weibliche. Die [illegible] treten mit dem 16. Januar in Kraft, jedoch in Orts[illegible] von diesem Tage an in den einzelnen Gruppen folgende [illegible] gezahlt werden: 1: 473 Mk., 2: 461 Mk., 3: 448 Mark, [illegible] Mk., 5: 450 Mk., 6: 425 Mk., 7: 420 Mk.

Kommunistische Anzapfung. [illegible] mit der kommunistischen [illegible] die Gewerkschaften unter ihre Parteifuchtel [illegible] Schwarz, einem Kommunisten, der [illegible] des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands [illegible] Der [illegible] in der Sitzung am [illegible] [illegible] des Fabrikarbeiterverbandes [illegible] Die [illegible] in Rahmen gewerkschaftlicher Gewerkschaftsarbeit [illegible] Die Tätigkeit des Genossen Schwarz [illegible] Leider erwiesen sich [illegible] Hoffnungen [illegible] Haltung des Genossen Schwarz [illegible] in Mißkredit gebracht worden und [illegible] Vereinigungen [illegible] gegenüber in größter Erregung über die Haltung [illegible] schnelle Abstellung. Um [illegible] als der Vorstand [illegible] nachgewiesener [illegible] Vertrauensstelle des Geschäftsführers im Fabrikarbeiterverbande [illegible] Der [illegible] Schwarz [illegible] Erläuterungen [illegible] Deutlichkeit, in welcher [illegible] der Gewerkschaften [illegible] Organe der Kommunistischen Partei [illegible] und die Gewerkschaftsangestellten

und die Funktionäre dürfen nur im Sinne dieser Partei wirken. Ein beliebiger „Aktionsausschuß" von ein paar Männeken bestimmt, wer Angestellter sein soll; und wenn die Mehrzahl der Mitglieder einer Zahlstelle durch Stimmenabgabe einen solchen Kandidaten wählt und dieser Gewählte dann im Interesse der Gewerkschaft tätig ist Statut und Verbandsbeschlüsse innehält, dann wird der Betreffende „zurückberufen". Höher kann die kommunistische Unverschämtheit kaum gehen. Dieser Brief zeigt aber von neuem, daß es so **wie bisher nicht weiter gehen kann.** Es muß ein scharfer Strich gezogen werden zwischen den Elementen, die nur darauf ausgehen, die Gewerkschaften **unter die Diktatur der Kommunistischen Partei zu stellen.** Viel zu lange haben die Gewerkschaftsleitungen dem Treiben der kommunistischen Zellenbauer zugesehen.

Die kommunistische Gewerkschaftsfrage. Der kommunistische Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg faßte eine längere Entschließung zur Gewerkschaftsfrage, die auch weitere Kreise interessiert: Teil 1 lautet wörtlich: „Der Parteitag billigt die Beschlüsse des 4. Weltkongresses der Komintern wie der RGI. zur Gewerkschaftsfrage. Diese Beschlüsse besagen, daß jedes Mitglied der KPD. verpflichtet ist, aktiv in den freien Gewerkschaften zu arbeiten, bis die Gewerkschaften erobert sind oder der Betreffende infolge seiner revolutionären Tätigkeit und Haltung von den Amsterdamer Bureaukraten ausgeschlossen ist." Wer je Gelegenheit hatte, die „revolutionäre" Tätigkeit, die für jede Stänkerei und Quertreiberei, wie für alle sonstigen kommunistischen Aktionen den Deckmantel bieten soll, zu beobachten, der weiß, wie die „Eroberung" der Gewerkschaften betrieben wird. Entweder die „Amsterdamer Bureaukraten" — die Moskauer sind natürlich keine „Bureaukraten", trotz ihrer Anstellungen bei der Kommunistischen Partei, sondern "revolutionäre" Engel — lassen sich das ganze unverschämte Treiben der Zellenbauer ruhig gefallen, bis die „Eroberung" aller Posten durch die Kommunisten erreicht ist, oder sie wehren sich pflichtgemäß gegen die Eroberer, dann müssen sie den einen oder anderen der allzu „revolutionären" Kämpen ausschließen, die dann als Märtyrer Organisationen der Ausgeschlossenen bilden. Die Kommunistische Partei beschließt darüber, was ihre Mitglieder als Gewerkschaftsmitglieder in den Gewerkschaften zu tun haben. Treten sie etwa zu „reformistisch", d. h. vernünftig auf, dann vermeiden sie zwar den Ausschluß aus ihrer Gewerkschaft, müssen dafür aber den Ausschluß aus ihrer Allerweltspartei in Kauf nehmen. „Eine der wichtigsten Aufgaben der KPD. ist nach Ziffer 2 der Resolution die Eroberung der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen, denen man der Einfachheit und Bequemlichkeit halber die „Eroberung" der Unorganisierten gnädigst überläßt. „Eroberung der Gewerkschaften" bedeutet: Mobilisierung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen zum Abwehrkampf und Ueberleitung der Arbeiterfront zum Gegenangriff. Die Abwehr- und Angriffskämpfe der „Amsterdamer" sind nämlich allesamt „reformistisch". Deshalb müssen die Mitglieder der Kommunistischen Partei „revolutionäre" Kämpfe, wie beispielsweise in Ludwigshafen unternehmen. Im 3. Abschnitt wird gesagt, daß dort, wo man in den Gewerkschaften noch zu schwach ist, sich zunächst auf Proteste beschränken müsse (nach dem Muster der Resolutionszentrale); hier müsse dann eine unermüdliche, planmäßige und intensive Propaganda- und Organisationsarbeit (Stärkung der Fraktionen, Zusammenschluß der Opposition und der Ausgeschlossenen) zur Revolutionierung geleistet werden. „Wo im Verlaufe dieser Kämpfe — der Kommunisten gegen die Gewerkschaften! — oder selbst noch vor ihrer Einleitung Kommunisten ausgeschlossen werden, sind diese unter der Losung: Nieder mit den Zersplitterern (das heißt denen, die sich der kommunistischen Zersplitterer erwehren. Red.), es lebe die Einheit der Gewerkschaftsbewegung" zusammenfassen. Wo man aber stark genug ist, seien die Massen in die Kämpfe zu führen, in denen die Kommunistische Partei die Führung übernehmen wird. Die Diktatur der Partei über die Gewerkschaften und gegen sie wird hier als ganz selbstverständlich aufgefaßt. Für die Kommunistische Partei dreht es sich um „die Frage der Revolution" — nicht etwa um die Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben. Deshalb besagt der 4. Abschnitt, daß alle Versuche, das Problem der Gewerkschaftstaktik mit nur organisatorischen Mitteln zu lösen (und andere kennen die Gewerkschaften nicht. Red.) auf das energischste zurückzuweisen seien. Wie es mit der „Einheitsfront" bei der Kommunistischen Partei bestellt ist, wird ganz unverblümt zum Ausdruck gebracht durch folgende Sätze: „Der Parteitag wendet sich aber auch gegen den schweren Organisationsfetischismus und die Losung: Einheit um jeden Preis . . ." Auch die Mitglieder der Union der Hand- und Kopfarbeiter sind der Parteikontrolle unterworfen, indem sie an die Beschlüsse der Profitern und jedes ihrer kommunistischen Mitglieder an die der Komintern gebunden sind. „Zur Leitung der gemeinsamen Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften wie auch der Organisation der Ausgeschlossenen und der Union sind der Arbeitsausschuß und die örtlichen Arbeitsausschüsse berufen" — vom Parteitag der KPD. Da die französischen Gewerkschaften es durchgesetzt haben, daß sie nicht der Parteidiktatur unterstehen, wie man sie den deutschen Gewerkschaften aufzwingen will, weist die Entschließung auf die „Gefahr" hin, die aus dieser für Frankreich anerkannten „Trennung von Profitern und Komintern" erwachsen könne, durch die Möglichkeit erneuter Angriffe aus den eigenen Reihen auf die Rote Gewerkschaftsinternationale und die damit entstehende Gefahr einer Liquidation. Der Parteitag will, daß die den französischen Gewerkschaften zugestandene Unabhängigkeit wieder beseitigt wird. Im Grunde genommen ist das alles nichts Neues, doch ist es nicht ganz überflüssig, an Hand der Beschlüsse der kommunistischen Parteitage zu zeigen, wie die „Einheitsfront" der Gewerkschaften von den Kommunisten gefordert wird, die Gewerkschaften zum Spielball der Weltrevolutionsmacher mißbraucht werden. Wollen die Gewerkschaften sie dazu nicht hergeben, müssen sie sich wohl oder übel gegen ihre „Eroberer" zur Wehr setzen.

Aus aller Welt.

Wie heiratslustige Mädchen betrogen werden. Einem jugendlichen Heirats-Schwindler sind viele Berliner Mädchen ins Garn gegangen. Ihnen näherte sich ein gutgekleideter „Herr", der sich für einen „Bankbeamten Maier" aus München ausgab und erzählte, daß er in der Filiale bei der Deutschen Bank angestellt sei und eine 4-Zimmer-Wohnung habe. Er wäre des Alleinseins müde und benutze jetzt seinen Urlaub in Berlin, um sich hier nach einer Lebensgefährtin umzusehen. Junge Mädchen, die sich gern verheiraten wollten, fand er um so mehr, als er ja über eine schöne Wohnung verfügte. Wenn alles geregelt war, mußte der „Bankbeamte" abreisen, weil sein Urlaub zu Ende sei. Jetzt bat er um ein Unterpfand der Treue, und hatte es hiebei auf die Schmucksachen seiner jeweiligen Braut abgesehen. Dieser Trick glückte ihm in zahlreichen Fällen, so daß er erhebliche Geldbeträge aus dem Erlös der Schmucksachen für sich schaffen konnte. Die betrogenen Mädchen hatten dann stets das Nachsehen. Es handelt sich um den Bierfahrer Paul Rokita aus München.

Das Verbrechen auf der Kaspar-Baude. Aus Hirschberg wird berichtet: Wie jetzt feststeht, sind die Bewohner der Kaspar-Baude entgegen anderen Meldungen doch die Opfer eines dreifachen Raubmordes geworden. Die Verletzungen, die die Leiche des Mannes aufwies, sind derart, daß er sie sich nicht selbst beigebracht haben kann. Offenbar hat in der einsamen Baude auch ein furchtbarer Kampf zwischen dem Räuber und seinen Opfern stattgefunden, aus dem der Räuber als Sieger hervorging. Dem Ermordeten wurde mit einem Beil der Kopf zweimal sowie die Schulter und das Rückgrat durchhackt. Die Leiche der Frau wies sechs Dolchstiche auf. Dem dreijährigen Knaben war das Rückgrat durchschlagen. Die Leichen sind dann von dem Mörder in die Kammer geschleppt worden. Nach Durchsuchung der Behältnisse ist der Mörder geflohen, und zwar, wie Fußspuren zeigen, in der Richtung auf den Fuchsberg zu. Eine Verzweiflungstat des Familienvaters liegt also nicht vor.

Familiendrama. Freitag wurde berichtet, daß in die bei Hohenelbe im Riesengebirge gelegene Caspar-Baude Einbrecher eingedrungen seien und den Besitzer Konstantin Erben, dessen Frau und seinen dreijährigen Sohn erschlagen und die Wertsachen geraubt hatten. Wie eine spätere Drahtnachricht meldet, handelt es sich nicht um die Tat von Einbrechern, sondern um ein furchtbares Familiendrama. Der Besitzer der Baude Caspar lebte mit seiner Frau in sehr ärmlichen Verhältnissen. Offenbar hat der Besitzer seine Frau und seinen dreijährigen Sohn und dann sich selbst getötet. Für die Ermordung eines erst 6 Wochen alten Kindes hat ihm offenbar der Mut gefehlt.

Einsturzkatastrophe in Weida. Infolge des eingetretenen Tauwetters stürzte beim Neubau eines Kesselhauses in Weida eine Wand ein und begrub fünf Maurer unter sich. Vier von ihnen, sämtlich Familienväter, waren sofort tot, der Verletzte ist ins Krankenhaus gebracht worden.

Ein Arbeiterdichter gestorben. Wie die Innsbrucker „Volkszeitung" berichtet, starb der Arbeiterdichter Alfons Petzold in Kitzbühel an Influenza. In Armut und Schwindsucht gestorben, so wie er einundvierzig Jahre lang dies Leben gelebt. Die Mutter, eine Dienstmagd, die für ihn hungerte und darbte, der Vater im Siechenhaus, ein dunkler, drückender niedriger Himmel über seiner Jugend, Elend und Not um sein Mannesalter, so ging er seinen Weg und sang seine Lieder, den Blick brünstig nach dem Licht gerichtet, noch im häßlichsten Ding die Liebe, die Schönheit und die Güte suchend. Austräger, Hausknecht, Fabrikarbeiter, Kutscher, Straßenfeger, so trieb er den Weg dahin, wenn nicht ein Schwindsuchtsanfall ihn auf das armselige Lager band. Dazwischen schrieb er seine Bücher, gefüllt mit den Qualen der Menschenkreatur und gefüllt mit dem warmen Herzblut seiner tiefen, reinen, gläubigen Menschlichkeit. Schrieb die Bücher vom „Rauhen Leben", „Von meiner Straße", vom „Lächeln Gottes" und schrieb die Gedichte voll Sehnsucht nach dem Licht. O, er war bekannt, er wurde auch gelesen. Sein österreichisches Vaterland hat ihn geehrt. 1914 erhielt er den Bauernfeldpreis, der die unerhörte Summe von 3000 Kronen brachte. Und im Jahre 1917 gab man ihm sogar einen lebenslänglichne Ehrensold von einigen tausend Kronen. Tausend österreichische Kronen. Davon hat er gelebt, hat gedichtet und ist gestorben. In Arbeiterbibiliotheken stehen manche seiner Bücher, und vielleicht liest ihn bisweilen einer, der aus dem Dunkel kommt, und den es nach dem Lichten drängt.

Explosion auf einem Tankdampfer. Das Reuterbureau meldet aus Tampico: Auf dem Tankdampfer San Leonardo der Mexikanischen Petroleumgesellschaft, der 30 000 Faß Brennöl an Bord hatte, ereignete sich auf dem Panucofluß eine Explosion. 32 Personen wurden verwundet, 10 Personen werden noch vermißt.

Genossenschaften.

Wie man gegen die Konsumvereine kämpft. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels versendet eine lange Mitteilung der Handelskammer Elbing zur Verbreitung an die Fachzeitschriften. Diese Mitteilung bedeutet nichts Feineres als die Aufforderung, die konsumgenossenschaftlichen Warenabgabestellen nach allen Regeln der Spioniererei zu bespitzeln. Man will die Befreiung der Konsumgenossenschaften von der sie gänzlich zu unrecht belastenden Umsatzsteuer auf solche verächtliche Weise hintertreiben. Es soll nachgewiesen werden, daß die Konsumvereine nicht nur an ihre Mitglieder Waren abgeben und darum das „Handelsgewerbe" betreiben. Um nun diesen „Nachweis" führen zu können, soll „einwandfreies Material" beschafft werden und so wird von den sauberen Herren des Handels gebeten, bei der „Beschaffung der notwendigen Unterlagen zu helfen". Diese ehrenhafte Hilfe soll bestehen in der Einsendung von „Bescheinigungen von einigen Personen, die nicht Mitglieder eines Konsumvereins sind, und die, ohne nach einer Ausweiskarte gefragt zu sein, selbst im Konsumverein Waren erhalten haben, oder von Bescheinigungen von einigen Zeugen, die gesehen haben, daß namentlich genannte Personen, die nicht Mitglieder eines Konsumvereins sind, dort Waren erhalten haben, ohne nach Ausweisen gefragt zu sein, oder von Bescheinigungen von einer größeren Zahl von Personen darüber, daß sie trotz häufigerer Anwesenheit im Laden des Konsumvereins niemals haben beobachten können, wie ein Kunde nach seinem Ausweis über die Mitgliedschaft gefragt worden ist." — Die Verleitung von Konsumvereinsangestellten zu verbotenen Handlungen soll also systematisch betrieben werden. Da gibt es ein probates Mittel: jeden solchen unsauberen Burschen zur Bestrafung anzuzeigen. Wer da weiß, daß er etwas Strafbares verursachen will, ist viel schuldiger als der Verführte; er treibt ein verächtliches, ehrloses Handwerk und verdient keine Schonung. Im übrigen — die Konsumvereine haben nicht das geringste Interesse daran, die Vorteile ihrer Organisation Nichtmitgliedern zugute kommen zu lassen. Sie sollen sich der Schmarotzer, die böswillige Handlanger des Privathandels sind, rücksichtslos im Interesse ihrer Mitglieder zu erwehren suchen. Spitzel und Denunzianten gehören an die frische Luft gesetzt!

Neue Bücher.

(Sämtliche hier besprochenen und aufgeführten Bücher sind durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu beziehen.)

„Das Volkslied für Heim und Wanderung." Volksliederbuch von Hermann Böse, 2. verbesserte Auflage, 55. bis 74. Tausend. 320 Seiten. Grundpreis kartonniert 2 Mk., gebunden in Halbleinen zirka 3 Mk. (mal Teuerungszahl des Verlags: Mitte Januar 400). Herausgegeben und zu beziehen vom Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Das seit längerer Zeit vergriffene Volksliederbuch, das bei allen Musik- und Gesangfreunden, bei allen Wanderern und Naturfreunden in bestem Ruf stand, ist jetzt in neuer verbesserte Auflage erschienen und wird überall freudig begrüßt werden. Dem Verfasser standen bei der Bearbeitung des Buches seine reifen Erfahrungen als Lehrer, Leiter von Chören und als Musikfachmann zur Seite. Die zweite Auflage seines Buches enthält im Vergleich zur vorangegangenen noch wesentliche Verbesserungen. So ist die Akkordbezeichnung diesmal auf alle dreihundert Lieder des Buches ausgedehnt worden. Das Buch enthält jetzt zu jedem Lied eine besondere von dem Verfasser selbst geschaffene und von ihm mit jungen Arbeiterinnen erprobte Gitarre- und Lautebegleitung, durch die es besonders wertvoll wird und sich vor anderen ähnlichen Liederbüchern auszeichnet. Auch die Kampf- und Freiheitslieder sind vermehrt worden, vor allem auch durch neuere, in der jüngsten Revolutionszeit entstandene. Da auch im Hinblick auf unsere Geldentwertung des Preis dieses Buches als ein sehr geringer zu bezeichnen ist, wird die neue Auflage des Volksliederbuches eifrig nachgefragt werden.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.